

RELIGIONSFREIHEIT WELTWEIT

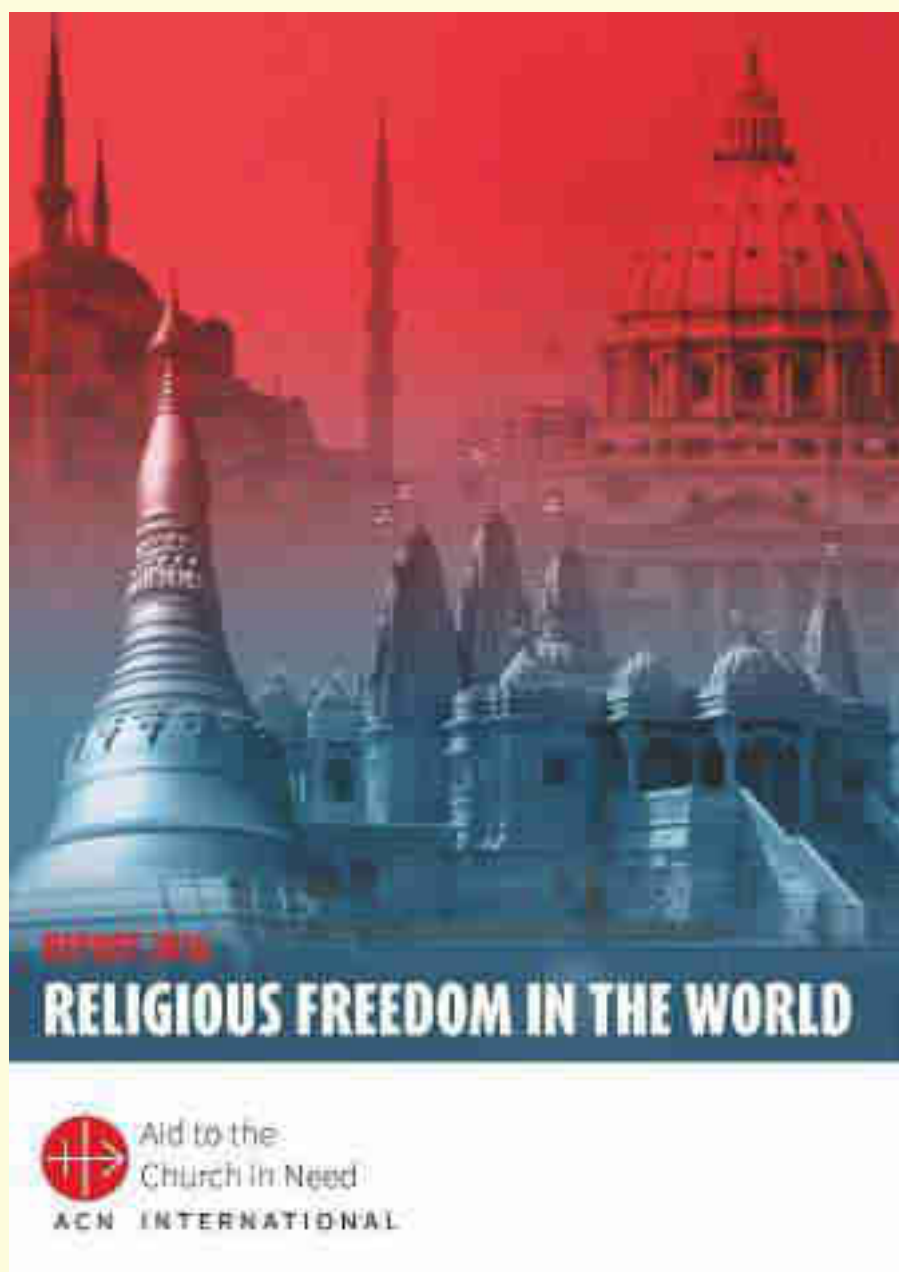
EIN ÜBERBLICK



Aid to the
Church in Need

ACN INTERNATIONAL

Den vollständigen Bericht **Religionsfreiheit weltweit** finden Sie unter:
www.religion-freedom-report.org



Der Bericht 2016 ist die 13. Ausgabe des Berichts *Religionsfreiheit weltweit* von *Kirche in Not*, der alle zwei Jahre erscheint. Der Bericht befasst sich mit Fragen der Religionsfreiheit und berücksichtigt dabei alle Glaubensgemeinschaften in 196 Ländern. Er wird in englischer, niederländischer, französischer, deutscher, italienischer, portugiesischer und spanischer Sprache veröffentlicht.

Bericht Religionsfreiheit weltweit

Chefredakteur: John Pontifex | Redaktion: Marcela Szymanski

Vorsitz Redaktionsausschuss: Peter Sefton-Williams

Redaktionsausschuss: Marc Fromager, Maria Lozano, Raquel Martin, Marta Petrosillo, Mark von Riedemann, Roberto Simona und Marta Garcia Campos

Lektorat und Korrektorat: David Black, Johnny Church, Tony Cotton, Clare Creegan, Catherine Hanley, Caroline Hull, Christopher Jotischky-Hull, Michael Kinsella, John Newton, Elizabeth Rainsford-McMahon, Tony Smith, Heather Ward

RELIGIONSFREIHEIT WELTWEIT

Bericht 2016
Ein Überblick



Aid to the
Church in Need

ACN INTERNATIONAL

INHALT

Vorwort von Pater Jacques Mourad	5
Die Ergebnisse im Überblick	6
Die wichtigsten Ergebnisse	9
Länder mit schwerwiegenden Verletzungen der Religionsfreiheit	
Karte	30
Tabelle	32
Hintergrundinformationen	
Begeht der IS (Daesh) einen Völkermord?	10
Sunnitischer und schiitischer Islam im Vergleich	16
Religionsfreiheit und ökonomischer Wohlstand	24
Fallstudien	
Irak: Ein jesidisches Mädchen, vergewaltigt von IS-Kämpfern, richtet das Wort an Parlamentarier	8
Kenia: 148 Tote bei Anschlag auf Universität	12
Vereinigtes Königreich: Ahmadi-muslimischer Kioskbesitzer getötet, nachdem er „Frohe Ostern“ wünschte	14
Frankreich: Geiseln bei Anschlag auf koscheren Supermarkt in Paris getötet	18
Birma (Myanmar): Buddhistischer Mönch führt antimuslimische Kampagne an	20
China: Religiöse Symbole zerstört	22
Pakistan: Interreligiöses Fußballturnier	25
Marokko: Muslimische Erklärung soll religiöse Minderheiten schützen	26
Vatikan: Historisches Treffen: Papst empfängt führenden Imam	28

Ein Überblick | Zusammenstellung Fallstudien: Clare Creegan | Projektredakteur: John Newton | Gestaltung: Helen Anderson.

Titelbild: Der ägyptische Scheich Ahmad al-Tayyeb, Großimam der al-Azhar-Moschee, beim Treffen mit Papst Franziskus zu einer Privataudienz im Vatikan am 23. Mai 2016. © L’Osservatore Romano.

Herausgegeben von Aid to the Church in Need (UK). ACN ist eine päpstliche Stiftung der Katholischen Kirche.

© 2016 Aid to the Church in Need

VORWORT

Von Pater Jacques Mourad

Der syrisch-katholische Priester Jacques Mourad war fünf Monate lang in der Gefangenschaft des sogenannten Islamischen Staats (IS), bevor ihm die Flucht gelang.

Die Bedeutung der Religionsfreiheit liegt für mich im Unterschied zwischen Leben und Tod.

Ich bin ein katholischer Priester aus Syrien und widme meine Arbeit sowohl dem Überleben des Christentums in unserem biblischen Kernland als auch dem Aufbau von Vertrauen und Verständnis zwischen Christen und Muslimen.

Am 21. Mai 2015 wurde ich in Syrien von IS-Kämpfern entführt und in Rakka, das sie zu ihrer Hauptstadt gemacht hatten, ins Gefängnis gesteckt.

83 Tage lang hing mein Leben in der Schwebel. Ich fürchtete jeden Tag, dass es mein letzter wäre. Am achten Tag kam der Wali (Gouverneur) von Rakka in meine Zelle und forderte mich auf, meine Gefangenschaft als eine Art spirituelle Einkehr zu betrachten. Seine Worte hatten große Wirkung auf mich; mit Erstaunen stellte ich fest, dass Gott sogar das

Herz eines hohen IS-Funktionärs nutzen konnte, um mir eine spirituelle Botschaft zu überbringen. Die Begegnung löste eine Veränderung in meiner inneren Welt aus und half mir über den gesamten Zeitraum meiner Gefangenschaft.

Später wurde ich in meine Stadt Karjataan zurückgebracht, wo ich dank der Hilfe eines muslimischen Freundes aus der Umgebung die Freiheit wiedererlangte.

Angesichts dessen, was mir geschehen war, wäre es so einfach gewesen, mich Zorn und Hass hinzugeben. Aber Gott hat mir einen anderen Weg gezeigt. Während meines gesamten Lebens als Mönch in Syrien habe ich mich darum bemüht, Verbindungen zu Muslimen aufzubauen und zu ermöglichen, dass wir voneinander lernen.

Ich bin überzeugt, dass unser Engagement in den vergangenen Jahren für alle Notleidenden in der Gegend von Karjataan – Christen und Muslime gleichermaßen – der Grund dafür war, dass 250 Christen und ich wieder in die Freiheit gelangen konnten.

Unsere Welt bewegt sich am Rande einer vollendeten Katastrophe; der Extremismus droht alle Spuren von Vielfalt in der Gesellschaft zu vernichten. Doch wenn die Religion uns eines lehrt, dann ist es der Wert des Menschen und das Erfordernis, dass ein jeder den anderen als ein Geschenk Gottes achtet.

Also muss es doch möglich sein, leidenschaftlich an die eigenen religiösen Überzeugungen zu glauben und zugleich das Recht anderer Menschen zu respektieren, ihrem Gewissen zu folgen und ihre eigene Antwort auf die Liebe Gottes zu leben, der uns alle geschaffen hat.

Ich bin *Kirche in Not*, dem Hilfswerk, das unserem leidenden Volk auch weiterhin so viel Nothilfe und seelsorgerische Unterstützung leistet, von Herzen dankbar für sein Engagement für die Religionsfreiheit. Dieses Engagement trägt nun in der Form des vorliegenden Berichts *Religionsfreiheit weltweit 2016* Früchte.

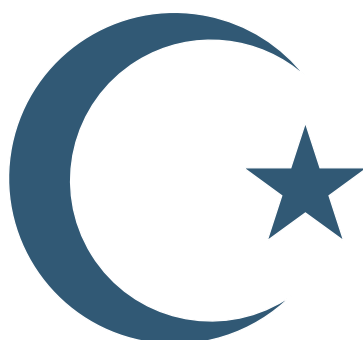
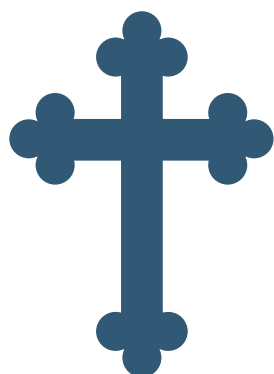
Wenn wir den Kreislauf der Gewalt, der unsere Welt zu verschlingen droht, durchbrechen wollen, müssen wir Krieg durch Frieden ersetzen. In der heutigen Zeit ist es dringender denn je erforderlich, religiösen Hass und persönliche Interessen beiseitezuschieben und zu lernen, einander zu lieben, so wie es uns auch unsere Religionen lehren.



DIE ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Beobachtungszeitraum: Juni 2014 bis Juni 2016.

1. Der vorliegende Bericht *Religionsfreiheit weltweit* kommt zu dem Ergebnis, dass die Religionsfreiheit in elf – nahezu der Hälfte – der 23 Länder mit den schwerwiegendsten Verstößen noch weiter zurückgegangen ist. In sieben weiteren Ländern dieser Kategorie waren die Probleme bereits so gravierend, dass sich die Situation kaum noch verschlechtern konnte. Unter den insgesamt 38 Ländern, in denen erhebliche Verletzungen der Religionsfreiheit zu verzeichnen waren, blieb die Situation in 55% der Fälle unverändert; in drei Ländern (8%) – Bhutan, Ägypten und Katar – hat sich die Lage verbessert.
 2. Der Bericht widerlegt die landläufige Meinung, dass zumeist Regierungen die Schuld an religiöser Verfolgung tragen: In zwölf der 23 Länder mit den schlechtesten Ergebnissen zeichnen nichtstaatliche Akteure, d.h. fundamentalistische oder militante Organisationen, für die Verfolgung verantwortlich.
 3. Im Beobachtungszeitraum trat ein neues Phänomen religiös motivierter Gewalt zutage, das als islamistischer Hyper-Extremismus bezeichnet werden kann: ein Prozess zunehmender Radikalisierung, der in seiner gewaltsamen Ausdrucksform so bisher nicht existierte. Charakteristisch hierfür sind:
 - a) extremistischer Glaube sowie radikales Rechts- und Regierungssystem;
 - b) systematische Versuche, alle Gruppen zu vernichten oder zu vertreiben, die nicht mit den Anschauungen der Extremisten konform gehen, darunter auch Angehörige derselben Religion (Gemäßigte und Anhänger anderer Traditionen);
 - c) grausame Behandlung der Opfer;
 - d) Nutzung modernster sozialer Medien, besonders zur Rekrutierung von Anhängern und zur Einschüchterung von Gegnern durch Zurschaustellung von extremer Gewalt;
 - e) globale Wirkung – ermöglicht durch verbundene Extremistengruppen und ressourcenstarke Unterstützernetzwerke.
- Für die Religionsfreiheit rund um den Globus hat dieses neue Phänomen geradezu toxische Konsequenzen:
- a) Seit Mitte des Jahres 2014 kam es in jedem fünften Land der Erde – von Schweden bis Australien, darunter in siebzehn afrikanischen Staaten – zu mindestens einem gewalttätigen islamistischen Anschlag.
 - b) In Teilen des Nahen Ostens, darunter in Syrien und im Irak, zerstört der Hyper-Extremismus jegliche religiöse Vielfalt; dieselbe Gefahr droht in Teilen Afrikas und des asiatischen Subkontinents. Ziel der Extremisten ist es, Pluralismus durch eine religiöse Monokultur zu ersetzen.
 - c) Islamistischer Extremismus und Hyper-Extremismus, der in Ländern wie Afghanistan, Somalia und Syrien zu beobachten ist, gehören zu den Hauptauslösern für den explosionsartigen Anstieg der Flüchtlingszahlen, die nach



Schätzungen der Vereinten Nationen für das Jahr 2015 mit einem Zuwachs von 5,8 Millionen einen neuen Rekord von 65,3 Millionen erreicht haben.

d) In Zentralasien nehmen autoritäre Regime hyperextremistische Gewalt zum Vorwand, um mit unverhältnismäßiger Härte gegen religiöse Minderheiten vorzugehen und bürgerliche Freiheiten jeder Art, unter anderem die Religionsfreiheit, zu beschneiden.

e) Im Westen droht der Hyper-Extremismus das sozio religiöse Gefüge zu destabilisieren. Länder werden sporadisch zur Zielscheibe von Fanatikern und stehen gleichzeitig unter Druck, eine noch nie dagewesene Zahl Flüchtlinge aufzunehmen, die meist eine andere Religion haben als die einheimische Bevölkerung. Zu den offensichtlichen Folgen gehören der Aufwind für rechtsgerichtete und populistische Gruppierungen, Einschränkungen der Freizügigkeit, Diskriminierung und Gewalt gegenüber religiösen Minderheiten, sowie ein Rückgang des sozialen Zusammenhalts, der auch an öffentlichen Schulen zu beobachten ist.

4. Besonders in einigen Teilen Europas ist ein Anstieg von antisemitischen Übergriffen zu verzeichnen.

5. Islamische Mehrheitsgemeinschaften setzen dem Phänomen des Hyper-Extremismus zunehmend öffentliche Stellungnahmen und andere Initiativen entgegen, mit denen sie die Gewalt und deren Urheber verurteilen.

6. In Ländern wie Indien, Pakistan und Birma (Myanmar), in denen eine bestimmte Religion mit dem Nationalstaat identifiziert wird, sind Maßnahmen ergriffen worden, um die Rechte dieser Religion gegenüber den Rechten von einzelnen Gläubigen zu verteidigen. Folgen davon sind u.a. striktere Beschränkungen der Religionsfreiheit für religiöse Minderheiten, zunehmende Hindernisse für einen Religionswechsel und härtere Strafen für Blasphemie.

7. In den Ländern mit den schwerwiegendsten Verstößen, darunter Nordkorea und Eritrea, wird Religionsausübung weiterhin mit der vollständigen Verweigerung von Rechten und Freiheiten bestraft – z.B. in Form von langfristiger Inhaftierung ohne faires Verfahren, Vergewaltigung und Mord.

8. In Ländern mit autoritärem Regime wie China und Turkmenistan war erneut ein scharfes Vorgehen gegen Religionsgemeinschaften zu beobachten, die sich weigern der Parteilinie zu folgen. So sind z.B. in Zhejiang und benachbarten Provinzen die Kreuze von über 2.000 Kirchen abgerissen worden.

9. Mit der Definition eines neuen Phänomens des islamistischen Hyper-Extremismus stützt der Bericht die verbreitete Behauptung, dass der sogenannte Islamische Staat (IS) und andere fundamentalistische Gruppen mit ihrem Vorgehen gegen Christen, Jesiden, Mandäer und weitere Minderheiten gegen die UN-Völkermordkonvention (Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes) verstoßen.





FALLSTUDIE IRAK

Ein jesidisches Mädchen, vergewaltigt von IS-Kämpfern, richtet das Wort an Parlamentarier

April 2016: Ein jesidisches Mädchen im Teenageralter namens Ekhlas aus dem Nordirak erstattete den Abgeordneten im britischen Parlament persönlich Bericht über Gewaltakte und andere Gräueltaten, die der sogenannte Islamische Staat (IS) begeht. Ekhlas gehört zu den vielen Jesiden, die von den islamistischen Extremisten aus ihren Häusern in Sinjar entführt wurden. Ihr Vater und ihr Bruder wurden vor ihren Augen ermordet. Ekhlas und alle anderen Mädchen aus ihrer Gemeinschaft, die älter als acht Jahre waren, wurden verschleppt, eingesperrt und vergewaltigt.

Bei ihrer Ansprache an eine ausgewählte Gruppe Parlamentarier in Westminster (London) beschrieb Ekhlas, wie sie die Vergewaltigung ihrer Freundinnen mit ansehen musste und ihre Schreie hörte. Sie berichtete von einem neunjährigen Mädchen, das so oft vergewaltigt wurde, dass es an den Folgen starb. Ekhlas erzählte auch von einem zweijährigen Jungen, der vor den Augen seiner Mutter getötet wurde. Ekhlas konnte ihrem Gefängnis erst entkommen, als in der Umgebung ein Bombenangriff erfolgte.

Am Tag, nachdem das Mädchen zu den Parlamentariern gesprochen hatte, fand im britischen Unterhaus eine Debatte über einen Antrag zur Anerkennung des Völkermordes des IS an Jesiden, Christen und anderen Minderheiten statt. Unter anderem wird mit diesem Antrag die britische Regierung dazu aufgerufen, den Sachverhalt an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen weiterzuleiten, damit diejenigen, die für die Verbrechen verantwortlich zeichnen, zur Rechenschaft gezogen werden können.

Während der Hinterbänkler-Debatte am 20. April 2016 gab die Abgeordnete Fiona Bruce Einzelheiten von Ekhlas' Bericht wieder und wiederholte die Bitte des Teenagers. Sie zitierte Ekhlas mit den Worten: „Hört mir zu, helft den Mädchen, helft den Gefangenen; ich bitte euch dringend, lasst uns zusammenkommen und dies als das bezeichnen, was es ist: Völkermord.“

Hier geht es um die Menschenwürde. Ihr habt eine Verantwortung. Der IS begeht einen Völkermord, denn er versucht uns auszulöschen.“

Der Antrag wurde mit 278 Stimmen ohne Gegenstimme angenommen. Die Abgeordneten forderten die britische Regierung auf, den UN-Sicherheitsrat zu ersuchen, die vom IS begangenen Verbrechen an den Internationalen Strafgerichtshof zu überweisen.

Quellen: Hansard, Vol. 608, 20. April 2016; *Aid to the Church in Need (UK) News*, 21. April 2016.

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

John Pontifex, Chefredakteur

Sie zeigten uns Videos von Enthauptungen, Tötungen und IS-Kämpfen. [Mein Ausbilder] sagte:

„Du musst die Kuffar [Ungläubigen] töten, selbst wenn es deine Väter und Brüder sind, denn sie gehören der falschen Religion an und beten Gott nicht an.“

Dies ist ein Auszug aus den Schilderungen eines jesidischen Jungen, der berichtet, was mit ihm geschah, als er im Alter von zwölf Jahren vom sogenannten Islamischen Staat (IS; auch: Daesh) gefangen genommen und für den Dschihad in Syrien ausgebildet wurde. Es ist eines von 45 Interviews mit Überlebenden, religiösen Oberhäuptern, Journalisten und anderen Menschen, in denen die Gräueltaten der islamistischen Terrormiliz beschrieben werden; sie bilden die Grundlage für einen wegweisenden Bericht, den der UN-Menschenrechtsrat im Juni 2016 veröffentlicht hat.¹ Der 40-seitige Bericht führt Belege dafür an, dass ein andauernder Völkermord an den Jesiden begangen wird und stellt klar heraus, dass der IS seit 2014 bestrebt ist, die Jesiden zu „zerstören“, und religiöser Hass dabei eines der Hauptmotive ist. Dieser Aspekt wird auch in der **nebenstehenden Fallstudie** unterstrichen, die die Geschichte des Teenager-Mädchens Ekhlas erzählt. Sie berichtet, wie die Milizionäre ihren Vater und ihren Bruder wegen ihres Glaubens töteten. Sie selbst musste hilflos mitansehen, wie jesidische Frauen mehrfach vergewaltigt wurden, darunter ein neunjähriges Mädchen, das so schwer sexuell missbraucht wurde, dass es an den Folgen starb.

Ekhlas' Erfahrung und die von so vielen anderen zeigen auf, wie wichtig die Religionsfreiheit als grundlegendes Menschenrecht ist. Zunehmende Medienberichte über Gewalt, die im Namen der Religion begangen wird – sei es durch die Boko Haram in Nigeria, die Al-Shabaab-Miliz in Kenia oder die Taliban in Afghanistan – spiegeln die wachsende Erkenntnis wider, dass die Religionsfreiheit viel zu lange ein „verwaistes Recht“ gewesen ist.² Unterstützt durch die Arbeit politischer Aktivisten und Nichtregierungsorganisationen ist nun ein Wendepunkt erreicht, was das öffentliche Bewusstsein über religiös motivierte Verbrechen und Unterdrückung betrifft – wodurch auch die Debatte über den Platz der Religion in der Gesellschaft neu entfacht wurde. **Die Häufigkeit und das Ausmaß der Gräueltaten gegen Jesiden, Christen, Bahai, Juden und Ahmadiyya-Muslime nehmen weiterhin zu; diese Tatsache spiegelt sich auch im Umfang der Berichterstattung zu extremistischer Gewalt gegen religiöse Minderheiten wider.**

Angesichts derartiger Verbrechen ist es heute wichtiger denn je, eine klare und tragfähige Definition der Religionsfreiheit und der damit verbundenen Folgen für den Staat und das Gerichtswesen zu finden. Der vorliegende Bericht erkennt die zentralen Grundsätze betreffend

die religiöse Freiheit an, wie sie in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben sind, welche die Vereinten Nationen im Jahr 1948 verabschiedeten:

Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.³

Im Fokus dieses Berichts *Religionsfreiheit weltweit* stehen staatliche und nichtstaatliche Akteure (militante oder fundamentalistische Organisationen), welche die Religionsausübung im öffentlichen oder privaten Bereich unterdrücken und dabei ohne den gebotenen Respekt für andere und für das Rechtsstaatsprinzip vorgehen.

Der vorliegende Bericht *Religionsfreiheit weltweit* beleuchtet den Zweijahreszeitraum bis Juni 2016 und beurteilt die Situation in jedem Land der Erde. Insgesamt wurden 196 Nationen untersucht; ein besonderer Schwerpunkt lag dabei jeweils auf dem Platz der Religionsfreiheit in der Verfassung und anderen gesetzlichen Bestimmungen, beachtenswerten Vorkommnissen und schließlich einer Prognose der zukünftigen Entwicklung. Dabei wurden alle anerkannten Glaubensgemeinschaften berücksichtigt – unabhängig von ihrer zahlenmäßigen Größe oder ihrem vermeintlichen Einfluss in einem bestimmten Land. Anschließend wurde jeder Einzelbericht ausgewertet, um ein Verzeichnis der Länder zu erstellen, in denen schwerwiegende Verletzungen der Religionsfreiheit vorliegen. Im Gegensatz zum Bericht *Religionsfreiheit weltweit* aus dem Jahr 2014, in dem jedes Land der Welt einer bestimmten Kategorie zugeordnet wurde, liegt bei der **Tabelle auf den Seiten 32-35 und der dazugehörigen Karte auf den Seiten 30-31** das Augenmerk auf 38 Ländern, in denen die Verletzungen der Religionsfreiheit über vergleichsweise milde Formen der Intoleranz hinausgehen und eine wesentliche Menschenrechtsverletzung darstellen.

Die Länder, in denen diese schwerwiegenden Verstöße vorliegen, wurden in zwei Kategorien eingeteilt – ‚Diskriminierung‘ und ‚Verfolgung‘. (Eine vollständige Definition für beide Kategorien findet sich unter www.religion-freedom-report.org) In diesen Fällen der Diskriminierung und Verfolgung haben die Opfer üblicherweise nur wenige oder gar keine Möglichkeiten, den Rechtsweg zu beschreiten.

Im Wesentlichen geht mit ‚Diskriminierung‘ für gewöhnlich eine Institutionalisierung von Intoleranz einher, die vom Staat oder seinen Vertretern auf verschiedenen Ebenen vollzogen wird;

¹ United Nations Human Rights Council, „They came to destroy”: ISIS Crimes against the Yazidis, 15. Juni 2016, S.18 http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/ColSyria/A_HRC_32_CRP2_en.pdf

² Article 18: an orphaned right, A report of the All Party Parliamentary Group on International Religious Freedom (Bericht der parteiübergreifenden parlamentarischen Arbeitsgruppe zur internationalen Religionsfreiheit), Juni 2013

³ United Nations, „The Universal Declaration of Human Rights” <http://www.un.org/en/universal-declaration-human-rights/index.html>

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Begeht der IS (Daesh) einen Völkermord?

Von Dr. John Newton

Am 3. Februar 2016 erkannte das Europäische Parlament als erste gesetzgebende Körperschaft die Ermordung und Verfolgung von Angehörigen religiöser Minderheiten im Nahen Osten als Völkermord an. Die Debatte erfolgte kaum eine Woche, nachdem die Parlamentarische Versammlung des Europarates eine Resolution zu demselben Thema verabschiedet hatte. In dem Antrag des Europäischen Parlaments, der einstimmig angenommen wurde, wird festgestellt, dass seit 2014 ca. 5.000 Jesiden getötet und mindestens 2.000 versklavt wurden. Außerdem werden Belege dafür angeführt, dass mehr als 150.000 vertriebene Christen flohen, als der IS im Sommer 2014 in die Ninive-Ebene vorrückte; viele von ihnen wurden gezwungen, ihr Hab und Gut an die gewalttätigen Islamisten zu übergeben. Des Weiteren nimmt der Antrag auf die Massenentführung von über 220 Christen in Nordsyrien im Februar 2015 Bezug. In seiner Resolution beruft sich das Europäische Parlament auch auf die UN-Völkermordkonvention (Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes):

In der [UN] Konvention wird Völkermord definiert als eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- (a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- (b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- (c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- (d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
- (e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.

Die UN-Konvention – deren Artikel 2 oben zitiert ist – liefert den Maßstab, anhand dessen das Verbrechen des Völkermordes definiert wird. Entgegen der gängigen Vorstellung, dass Völkermord lediglich „die vorsätzliche Tötung einer großen Gruppe von Menschen, besonders der Angehörigen einer bestimmten Nation oder ethnischen Gruppe“ (wie es im Oxford English Dictionary heißt) bedeutet, ist die Definition der Vereinten Nationen weiter gefasst. In Artikel 3 der Konvention wird zudem verdeutlicht, dass nicht nur Völkermord selbst ein zu bestrafendes Verbrechen darstellt, sondern auch die Verschwörung zur Begehung von Völkermord, die unmittelbare und öffentliche Anstiftung zur Begehung von Völkermord, sowie die Teilnahme am Völkermord.

Infolge einer Abstimmung im US-Repräsentantenhaus am 14. März, die mit 383 Stimmen (0 Gegenstimmen) zugunsten der Anerkennung des Völkermordes ausfiel, erklärte US-Außenminister John Kerry: „Nach meinem Dafürhalten ist der IS verantwortlich für den Völkermord an Gruppen in Gebieten unter seiner Kontrolle, darunter Jesiden, Christen und schiitische Muslime.“

Am 20. April erkannte das britische Unterhaus die vom IS begangenen Verbrechen einstimmig als Völkermord an. Die konservative Abgeordnete Fiona Bruce, die den Antrag eingebracht hatte, hatte am Abend vor der Debatte ein Treffen organisiert, bei dem Christen und Jesiden von den Schrecken berichteten, die ihnen widerfahren waren (**siehe Fallstudie zu Angriffen auf Jesiden, Seite 8**). Bruce gab wieder, was eine Rednerin aus Syrien berichtet hatte: „Von ermordeten und gefolterten Christen und von Kindern, die vor den Augen ihrer Eltern enthauptet wurden. Sie zeigte uns Filmmaterial jüngerer Datums, das sie im Gespräch mit mehreren Müttern zeigt, die mit ansehen mussten, wie ihre eigenen Kinder gekreuzigt wurden. Eine andere Frau hatte gesehen, wie 250 Kinder in eine Teigknetmaschine gesteckt und dann in einem Ofen verbrannt wurden. Das älteste dieser Kinder war vier.“ John Pontifex, Chefredakteur des Berichts *Religionsfreiheit weltweit*, wies im Rahmen des Treffens darauf hin, dass sich die Beweise mehrten, mit denen die Völkermordbehauptungen gestützt würden; darüber hinaus berichtete er von neuen Meldungen seiner Kollegen von *Kirche in Not*, die geschändete Kirchen in Syrien gesehen hatten. Er sprach von IS-Angriffen auf eine Kirche in Karjataan: „Knochen von alten Gräbern waren zwischen den Trümmern verstreut. Alle christlichen Symbole – Kreuze, Ikonen und Altäre – waren zerstört worden.“ Hinweise wie die hier genannten führten dazu, dass auch das australische Repräsentantenhaus die Verbrechen gegen assyrische Christen am 2. Mai als Völkermord klassifizierte.

Trotzdem herrscht bezüglich der Frage in einigen Kreisen Uneinigkeit. So stimmte die Mehrheit der liberalen Abgeordneten im kanadischen Parlament im Juni 2016 gegen einen entsprechenden Antrag. Im selben Monat kam jedoch eine Syrien-Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu dem Schluss, dass der IS „das Verbrechen des Völkermordes sowie vielfache Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen gegen die Jesiden“ begangen hat. Der UN-Bericht mit dem Titel *They Came to Destroy: ISIS Crimes against the Yazidis* (Sie kamen, um zu zerstören: IS-Verbrechen gegen die Jesiden) schildert unter anderem, wie der IS versucht, die Gemeinschaft durch eine Kombination aus Morden, sexueller Versklavung, Gruppenvergewaltigungen, Folter und Erniedrigung auszulöschen. Der Vorsitzende der Untersuchungskommission Paulo Sérgio Pinheiro sagte: „Es ist bereits ein Völkermord verübt worden und er geht weiter... Die IS-Miliz verübt die entsetzlichsten Gräueltaten an allen jesidischen Frauen, Kindern und Männern, die sie gefangen genommen hat.“

dabei wird die ungerechte Behandlung einzelner Gruppen, darunter Glaubensgemeinschaften, durch gesetzliche oder andere Verordnungen gleichsam zementiert. Beispielhaft wären zu nennen: fehlender bzw. stark eingeschränkter Zugang zu Arbeitsplätzen, gewählten Ämtern, Finanzmitteln, Medien, Bildung oder Religionsunterricht; Verbot gottesdienstlicher Handlungen außerhalb von Kirchen, Moscheen etc.; Beschränkung des Missionierens; Gesetze, die einen Religionswechsel verbieten.

Während bei der Kategorie ‚Diskriminierung‘ in der Regel der Staat als Unterdrücker identifiziert werden kann, sind bei der Alternative ‚Verfolgung‘ auch terroristische Gruppierungen und weitere nichtstaatliche Akteure eingeschlossen; hier liegt der Schwerpunkt auf der aktiven Ausübung von Gewalt und Unterjochung, u.a. in Form von Mord, ungesetzlicher Inhaftierung und Zwangsexil, sowie der Beschädigung und Enteignung von Eigentum. Tatsächlich kann der Staat selbst oft zum Opfer werden, wie es am Beispiel Nigerias ersichtlich ist. Anhand dieser Definition wird deutlich, dass ‚Verfolgung‘ eine Kategorie der schwerwiegenden Verstöße darstellt, da die betreffenden Verletzungen der Religionsfreiheit gravierender sind (und ihrem Wesen nach in der Regel auch Formen der Diskriminierung als Nebenprodukt beinhalten). Freilich wird auch in vielen – wenn nicht in den meisten – Ländern, die nicht einer der Kategorien ‚Verfolgung‘ oder ‚Diskriminierung‘ zugeordnet wurden, die Religionsfreiheit auf die eine oder andere Weise verletzt. Tatsächlich kann man sagen, dass in vielen dieser Länder eine oder mehrere Religionsgemeinschaften mit Intoleranz konfrontiert sind. Allerdings galten nahezu all jene Verletzungen den Hinweisen aus den entsprechenden Länderberichten zufolge nach Auskunft der Behörden immer noch als illegal, und die Opfer hatten die Möglichkeit, den Rechtsweg zu beschreiten. Keine dieser Rechtsverletzungen – von denen viele per definitionem milderer Ausmaßes waren – wurde als so gravierend betrachtet, dass man sie als ‚erheblich‘ oder ‚extrem‘ (die beiden Schlagworte in unserem Kategorisierungssystem) bezeichnen könnte. Auf dieser Grundlage werden sie für die Zwecke dieses Berichts als ‚nicht klassifiziert‘ verzeichnet.

Von den 196 untersuchten Ländern lagen in 38 unmissverständliche Hinweise auf schwerwiegende Verletzungen der Religionsfreiheit vor. Innerhalb dieser Gruppe wurden 23 Länder in die höchste Kategorie ‚Verfolgung‘ eingeordnet, die verbleibenden 15 in die Kategorie ‚Diskriminierung‘. Nach Veröffentlichung des letzten Berichts *Religionsfreiheit weltweit* vor zwei Jahren hat sich die Situation hinsichtlich der Religionsfreiheit in vierzehn Ländern (37%) deutlich verschlechtert; bei 21 Ländern (55%) konnte keine offensichtliche Veränderung festgestellt werden. Nur in drei Ländern (8%) hat sich die Lage deutlich verbessert – Bhutan, Ägypten und Katar. Unter den Ländern in der Kategorie ‚Verfolgung‘ ist die Religionsfreiheit in elf Ländern – nahezu der Hälfte – deutlich zurückgegangen. Unter den Ländern in derselben Kategorie, die keine erkennbaren Anzeichen einer Veränderung aufwiesen, waren sieben von derart extremen Szenarien gekennzeichnet (Afghanistan, Irak, (nördliches) Nigeria, Nordkorea, Saudi-Arabien, Somalia und Syrien), dass die Situation sich kaum noch verschlimmern konnte. Es zeichnet sich also eine wachsende Kluft ab zwischen einer größer werdenden Gruppe von Ländern, in denen in Bezug auf die Religionsfreiheit extreme Missstände herrschen,

und Ländern, in denen die Probleme weniger offenkundig sind (z.B. Algerien, Aserbaidschan und Vietnam).

Eine virulente und extremistische Form des Islam trat als die größte Bedrohung für die Religionsfreiheit hervor und wurde in vielen der schlimmsten Fälle als Hauptursache für ‚Verfolgung‘ identifiziert. Von den elf Ländern, in denen sich die Situation verschlechtert hat, standen neun unter extremem Druck durch islamistische Gewalt (Bangladesch, Indonesien, Kenia, Libyen, Niger, Pakistan, Sudan, Tansania und Jemen). Von den elf Ländern mit gleichbleibender Verfolgung hatten sieben große Probleme im Zusammenhang mit Islamismus – sowohl in Form von Angriffen von Seiten nichtstaatlicher Akteure, als auch in Form von staatlich unterstützter Unterdrückung (Afghanistan, Irak, Nigeria, Palästinensische Gebiete, Saudi-Arabien, Somalia und Syrien).

Bei der Untersuchung der diesem Phänomen zugrundeliegenden Thematik stellte sich heraus, dass ein massiver Anstieg von Gewalt und Instabilität im Zusammenhang mit Islamismus eine bedeutende Rolle bei dem explosionsartigen Anstieg der Flüchtlingszahlen gespielt hat. Ein wesentliches Ergebnis dieses Berichts betrifft die globale Bedrohung durch religiösen Hyper-Extremismus, der aus westlicher Sicht wie ein Todeskult mit genozidaler Absicht erscheinen mag. Dieses neue Phänomen des Hyper-Extremismus zeichnet sich durch die radikalen Methoden aus, mit denen er seine Ziele verfolgt und die über Selbstmordattentate hinausgehen: Massenmorde, darunter entsetzliche Formen der Hinrichtung, Vergewaltigung, extreme Folter wie z.B. die Verbrennung von Menschen bei lebendigem Leibe, Kreuzigungen, das Stürzen von Menschen von hohen Gebäuden. Ein weiteres Kennzeichen des Hyper-Extremismus ist das „Auskosten“ der Grausamkeit gegen die Opfer, die in den sozialen Medien noch zur Schau gestellt wird.

Wie das oben erwähnte Beispiel der Jesiden zeigt, sind die von militanten Gruppierungen wie dem IS begangenen Gewalttaten Anzeichen für eine vollkommene Leugnung der Religionsfreiheit. Angesichts der Gräueltaten, die die aggressiven Islamisten in Syrien, im Irak, in Libyen und über ihre Verbündeten auch in anderen Ländern begehen, kann man durchaus von einem der größten Rückschläge für die Religionsfreiheit seit dem Zweiten Weltkrieg sprechen. Was zu Recht als Völkermord bezeichnet worden ist – entsprechend einer UN-Konvention, die diesen Ausdruck verwendet⁴ – ist ein Phänomen des religiösen Extremismus, der nahezu beispiellos ist (**siehe nebenstehende Hintergrundinformation zum Thema Völkermord**). Zu den besagten Gewaltakten zählen Morde, seelische und körperliche Folter, Inhaftierung, Versklavung und in einigen Extremfällen „die Auferlegung von Maßnahmen zur Verhinderung der Geburt von Kindern.“⁵ Hinzu kommen Landnahme, die Zerstörung religiöser Gebäude sowie aller Spuren religiösen und kulturellen Erbes, und die Unterjochung von Menschen in ein System, das nahezu jeden Grundsatz der Menschenrechte mit Füßen tritt.

Abseits vom Nahen Osten und Teilen Nordafrikas, wo der Hyper-Extremismus ganz eindeutig gut entwickelt ist, stellt dieser Bericht auch eine Verbreitung der militanten Ideologie fest – in Form von extremistischen Bewegungen, die sich aus so entfernten Ländern

⁴ Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes), verabschiedet durch Resolution (III) A der UN-Generalversammlung am 9. Dezember 1948 <http://www.hrweb.org/legal/genocide.html>

⁵ Op. cit., S. 1.



Image: Carl De Souza/AFP/Getty Images

Nach der Tragödie: Sanitäter helfen einer Studentin, die bei dem Anschlag der Al-Shabaab-Miliz auf das Garissa University College am 2. April 2015 verletzt wurde.

FALLSTUDIE KENIA

148 Tote bei Anschlag auf Universität

April 2015: Berichten zufolge wurden bei einem Anschlag von Al-Shabaab-Milizionären auf das Garissa University College im Nordosten Kenias 148 Menschen getötet; es war das bisher tödlichste Attentat dieser Terrorgruppe. Augenzeugen zufolge griffen die schwerbewaffneten Extremisten zunächst gezielt Christen heraus und erschossen sie, bevor sie wahllos auf die Studenten feuerten.

Vier der islamistischen Schützen wurden schließlich in einem Wohnheim umzingelt; sie wurden getötet, als ihre Sprengstoffwesten detonierten, nachdem die Sicherheitskräfte das Feuer eröffnet hatten. Ein fünfter Terrorist wurde später festgenommen.

Über das offizielle Twitter-Konto des kenianischen *National Disaster Operation Centre* und die kenianischen Medien wurde gemeldet, dass 587 Menschen entkommen konnten und 79 Menschen verletzt wurden.

Die Milizionäre starteten ihren Anschlag mit einer Geiselnahme während des Gottesdienstes am frühen Morgen.

Ein Zeuge, der sich zum Zeitpunkt des Attentats auf dem Campus aufhielt, berichtete, dass die Schützen zunächst in einen christlichen Gottesdienst hereinstürmten und Geiseln nahmen. „Dann gingen sie weiter zu den Wohnheimen und erschossen dabei jeden, der ihren Weg kreuzte, mit Ausnahme ihrer Kameraden, der Muslime.“

Es hieß, die Milizionäre hätten die Studenten nach Religionen getrennt, wobei sie Muslime gehen ließen und eine unbekannte Anzahl Christen als Geiseln festhielten.

Die Belagerung endete nach beinahe fünfzehn Stunden; vier der Schützen wurden von Spezialeinheiten der kenianischen Polizei getötet. Nach dem Anschlag sagte Innenminister Joseph Nkaissery gegenüber den kenianischen Medien: „Der Einsatz wurde erfolgreich beendet. Vier Terroristen wurden getötet.“

Die Stadt Garissa war ein naheliegendes Ziel. Nur 145 km von der Landesgrenze zu Somalia entfernt, war der hauptsächlich von christlichen Studenten bewohnte Campus ein leichtes Angriffsziel in einer ansonsten überwiegend muslimischen Gegend.

Mangelnde Sicherheit auf dem Campus hatte bereits vor dem Attentat in Garissa große Bedenken verursacht; im November 2014 hatten Studenten eine Demonstration organisiert, um auf das Thema aufmerksam zu machen. Nach dem Terroranschlag stellten Studenten und Eltern die Frage, warum der Campus von Garissa lediglich von zwei Sicherheitsbeamten bewacht wurde, zumal kurz vorher umfassende nachrichtendienstliche Warnungen vor einem geplanten Anschlag auf eine Universität bekannt geworden waren. Eine benachbarte pädagogische Hochschule in Garissa hatte ihre Studenten aufgrund dieser Bedenken nur zwei Tage vor dem Anschlag nach Hause geschickt.

Quellen: *Sydney Morning Herald*, 6 April 2015; *Allgemeiner*, 7 Juli 2015; *Guardian (Webseite)*, 23 November 2015; *Newstime Africa (Webseite)*, 2 April 2015.

FALLSTUDIE VEREINIGTES KÖNIGREICH

Ahmadi-muslimischer Kioskbesitzer getötet, nachdem er „Frohe Ostern“ wünschte

März 2016: Ein Kioskbesitzer in Glasgow ist bei einem religiös motivierten Anschlag ermordet worden. Der 40-Jährige, der der Gemeinschaft der Ahmadiyya-Muslime angehörte, wurde brutal niedergestochen und zusammengebrochen auf der Straße vor seinem Geschäft, dem *Shah's Newsagents and Convenience Store* im Glasgower Viertel Shawlands, aufgefunden. Er wurde bei seinem Eintreffen ins Queen Elizabeth University Hospital für tot erklärt. Im Zusammenhang mit der Tat, die die Polizei als „religiös motiviert“ bezeichnete, wurde ein muslimischer Mann festgenommen.

Erste Meldungen in den Nachrichten brachten den Mord mit einem Facebook-Eintrag in Verbindung, in dem Asad Shah den Menschen ein frohes Osterfest wünschte. In seinem letzten Beitrag in dem sozialen Netzwerk am 24. März schrieb Shah: „Einen gesegneten Karfreitag und ein sehr glückliches Osterfest, besonders für meine geliebte christliche Nation! Lasst uns in die wahren Fußstapfen des geliebten heiligen JESUS CHRISTUS (Friede sei mit ihm) treten und wahren Erfolg in beiden Welten schaffen.“

Nachdem Tanveer Ahmed (32) die Tat gestanden hatte und des Mordes angeklagt wurde, wurde eine Stellungnahme veröffentlicht, in der er sagte: „Asad Shah hat den Boten des Islam, den Propheten Mohammed – Friede sei mit ihm – nicht respektiert.“ Ahmed brachte seinen Entschluss, den Kioskbesitzer zu töten, mit Beiträgen und Videos von Shah in den sozialen Medien in Verbindung, in denen Letzterer behauptete, prophetische Offenbarungen von Gott erhalten zu haben. Ahmeds Stellungnahme endete mit den Worten: „Wenn ich es nicht getan hätte, hätten es andere getan, und es hätte noch mehr Morde und Gewalt in der Welt gegeben.“

Shah stammte ursprünglich aus Pakistan. Gemäß der pakistanischen Verfassung ist es den Ahmadiyya verboten, sich als Muslime zu bezeichnen. Nach dem Anschlag versammelten sich Hunderte Menschen vor Shahs Geschäft zu einer Mahnwache, an der auch die schottische Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon teilnahm.

Glasgows führende Ahmadiyya-Muslime veröffentlichten eine Stellungnahme, in der es heißt: „Dies ist zutiefst verstörend und schafft einen äußerst gefährlichen Präzedenzfall, da die Ermordung eines jeden Menschen gerechtfertigt wird – ob Muslim oder Nicht-Muslim – der in den Augen eines Extremisten mangelnden Respekt vor dem Islam gezeigt hat... Es ist die feste Überzeugung der Gemeinschaft der Ahmadiyya-Muslime, dass alle Menschen ihren Glauben friedlich ausüben können sollten, ohne Verfolgung oder Gewalt zu fürchten.“

Quellen: *National Post* (Canada), 29. März 2016; *Daily Telegraph*, 6 April 2016; BBC News (online), 7 de April de 2016; profil de Facebook de Asad Shah 7 april 2016; Asad Shahs Facebook-Seite (https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1669750269966472&id=100007945443146&pnref=story).

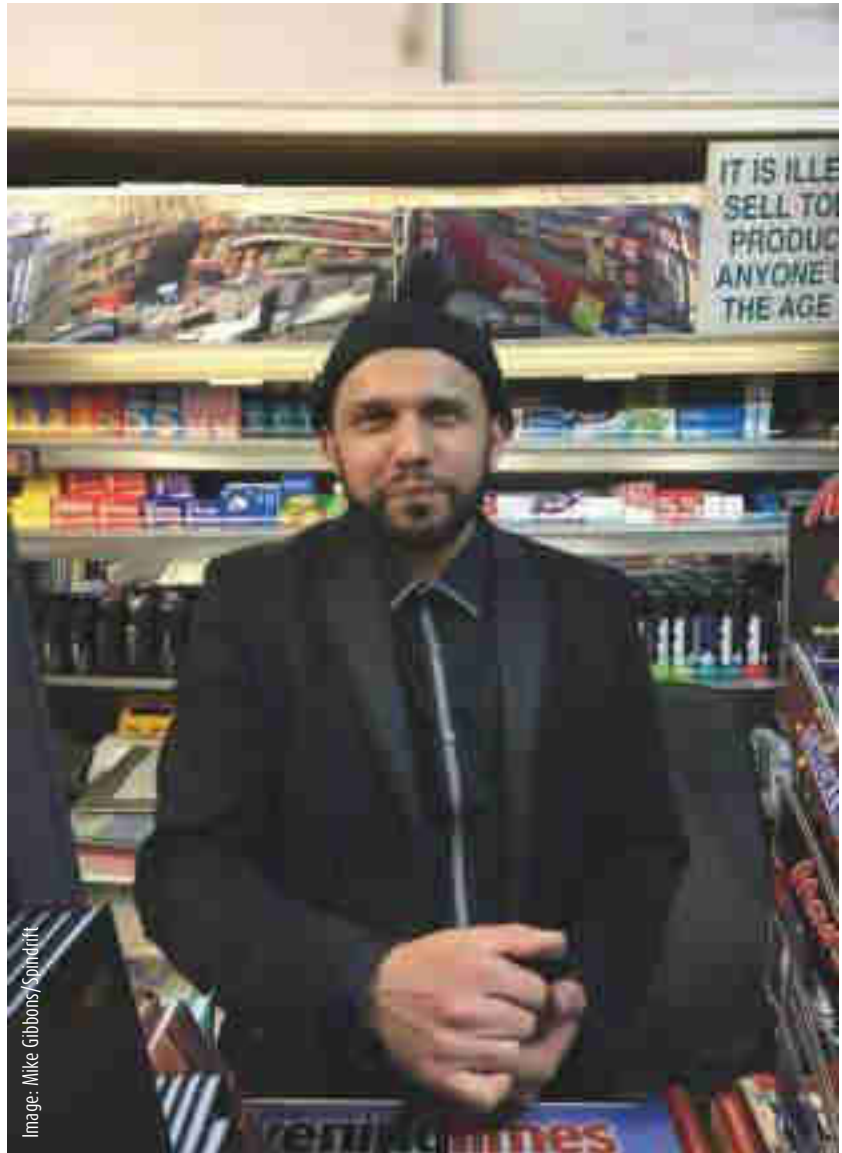


Image: Mike Gibbons/Spindrift

wie Bangladesch, Nigeria, den Philippinen, Indonesien und Pakistan zum IS bekennen. Der Ausbruch islamistischer Gewalt in Subsahara-Afrika wurde besonders deutlich in Kenia sichtbar – durch mehrfache Anschläge entlang der Grenze mit Somalia, und vor allem an der Universität von Garissa, wo die extremistische Al-Shabaab-Miliz 148 Menschen tötete und dabei gezielt gegen christliche Studenten vorging, die von ihren muslimischen Kommilitonen getrennt wurden.⁶

(Siehe Fallstudie zu den Anschlägen auf die kenianische Universität auf den Seiten 12 und 13.) Die Auswirkungen des Extremismus waren nicht zuletzt im schottischen Glasgow zu spüren, wo der Kioskbesitzer Asad Shah, ein Ahmadiyya-Muslim, am Ostern 2016 ermordet wurde. Die Medien brachten das Verbrechen augenblicklich mit einem Facebook-Beitrag von Shah in Verbindung, in welchem er „einen gesegneten Karfreitag und ein sehr glückliches Osterfest, besonders für meine geliebte christliche Nation“ gewünscht hatte.⁷ Allerdings gab Tanveer Ahmed, der Mann, der des Mordes an Shah angeklagt wurde, später in einer Stellungnahme an, dass Shahs angebliche Behauptungen von prophetischen Visionen sein Motiv gewesen seien.⁸ **(Siehe nebenstehende Fallstudie zum Mord an Asad Shah.)** Die destabilisierende Wirkung, die diese Pandemie des Extremismus auf den Platz der Religion in der Zivilgesellschaft hat, ist nicht zu unterschätzen – und wurde durch Terroranschläge in Brüssel, Paris und Istanbul, um nur drei Beispiele zu nennen, noch verschärft. **Eine wesentliche Erkenntnis des Berichts besteht darin, dass die Bedrohung durch den militanten Islam in einem großen Anteil der 196 untersuchten Länder zu spüren war: In gut jedem fünften Land (etwas über 20%) gab es einen oder mehrere Fälle von Gewalttaten, die von einer extremistischen islamischen Ideologie inspiriert waren; mindestens fünf Länder in Westeuropa und siebzehn afrikanische Staaten waren betroffen.⁹**

Ein wesentliches Ziel des islamistischen Hyper-Extremismus besteht in der vollständigen Verdrängung von Religionsgemeinschaften aus ihren alten Heimatländern – damit verursachen die Extremisten einen wahren Massen-Exodus. Durch die derart induzierte Migration trägt das Phänomen des Hyper-Extremismus zudem wesentlich zur Destabilisierung des sozioökonomischen Gefüges ganzer Kontinente bei, die Millionen geflüchtete Menschen aufnehmen bzw. aufnehmen müssen.

Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge gab es Ende 2015

weltweit etwa 65,3 Millionen Flüchtlinge – die höchste Zahl, die jemals erfasst wurde, und ein Anstieg von über 9% im Vergleich zum Vorjahr. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts belaufen sich die aktuellsten Zahlen auf durchschnittlich 24 Menschen, die in jeder Minute eines jeden Tages im Jahr 2015 aus ihren Heimatorten vertrieben wurden.¹⁰ Und obwohl auch ökonomische Faktoren eine wichtige Rolle spielten, waren die hauptsächlich für den Anstieg der Flüchtlingszahlen verantwortlichen Länder allesamt Zentren des religiösen Extremismus – Syrien (IS), Afghanistan (Taliban) und Somalia (Al-Shabaab).¹¹ Für viele Menschen war religiöse Verfolgung der Grund für die Flucht; die meisten flohen jedoch aufgrund von Gewalt, wegen des Zusammenbruchs der Regierung und aufgrund von akuter Armut – in diesen Fällen war religiöser Extremismus entweder die Ursache oder ein Symptom oder eine Konsequenz, oder alles gleichzeitig. Insofern hat religiöser Extremismus wesentlich zum explosionsartigen Anstieg der Migration beigetragen und eine vorherrschende Rolle bei der Entstehung von Terror-Staaten gespielt, die regelrecht entvölkert werden.

Es ist belegt, dass im Nahen Osten und in Teilen des asiatischen Subkontinents Menschen aller Glaubensrichtungen ihre Heimat verlassen haben; allerdings deutet ein überproportional hohes Maß an Migration von Christen, Jesiden und anderen Minderheiten auf die Möglichkeit – oder sogar auf die Wahrscheinlichkeit – hin, dass sie von Kräften innerhalb ihrer Region „ausgerottet“ werden. Ein besonders dramatisches Beispiel ist Aleppo, die syrische Stadt im Epizentrum des Bürgerkriegs. Die Gesamtbevölkerung ging von 2,3 Mio.¹² auf 1,6 Mio.¹³ zurück (30%); führende Projektpartner in der Region berichteten allerdings gegenüber *Kirche in Not*, dass die Zahl der Christen im selben Zeitraum um 80% auf kaum 35.000 Einwohner gesunken sei.¹⁴ Dieser Rückgang scheint sich noch zu beschleunigen; es gibt Berichte aus dem letzten Jahr, in denen davor gewarnt wird, dass das Christentum innerhalb von fünf Jahren aus dem Irak verschwunden sein wird¹⁵ und die Gemeinschaft der Jesiden aus der Region ausgelöscht sein wird.¹⁶ Die Entwicklung ist bereits so stark ausgeprägt, dass **vormals multi-religiöse Gemeinschaften, besonders in Teilen des Nahen Ostens, nun mehr und mehr zu monoreligiösen Umgebungen werden. Der Anstieg des Islamismus stellt in diesem Zusammenhang auch eine Bedrohung der Vielfalt innerhalb der muslimischen Gemeinschaft dar: So liegen vielfältige Berichte von gemäßigten Muslimen – darunter auch von Angehörigen derselben Strömung des Islam – darüber vor, dass Tausende**

⁶ Robyn Dixon, „Christian students at Kenya's Garissa University foretold massacre“, *Sydney Morning Herald*, 6. April 2016 <http://www.smh.com.au/world/christian-students-at-kenyas-garissa-university-foretold-massacre-20150406-1mf11b.html#ixzz4B50wXQxC>

⁷ Auslan Cramb, „Man from Bradford admits killing Glasgow shopkeeper Asad Shah“, *Daily Telegraph*, 6. April 2016 <http://www.telegraph.co.uk/news/2016/04/06/man-from-bradford-admits-killing-glasgow-shopkeeper-asad-shah/>

⁸ Andrew Learmonth, „Man accused of the murder of Glasgow shopkeeper Asad Shah says he was killed for disrespecting the Prophet Mohammad“, *The National*, 7. April 2016 <http://www.thenational.scot/news/man-accused-of-the-murder-of-glasgow-shopkeeper-asad-shah-says-he-was-killed-for-disrespecting-the-prophet-muhammad.16042>

⁹ Zwei Schlüsselfaktoren waren bei der Prüfung entscheidend: Erstens mussten konkrete Beweise zu Gewaltakten, z.B. zu einem Selbstmordattentat oder Brandanschlag, vorliegen (im Gegensatz zu unbewiesenen Meldungen bzw. Gerüchten über extremistischer Aktivitäten); zweitens musste klar sein, dass die Verursacher der Gewalt im Namen des extremistischen Islam handelten (im Gegensatz zu wahllosen Terrorakten oder Taten mit unbekanntem Motiv).

¹⁰ Peter Yeung, „Refugee crisis: Record 65 million people forced to flee homes, UN says“, *Independent*, 20. Juni 2016 <http://www.independent.co.uk/news/world/europe/refugee-crisis-migrants-world-day-un-a7090986.html>

¹¹ *ibid*

¹² BBC News, „Profile: Aleppo, Syria's second city“ <http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-18957096> www.worldpopulationreview.com

¹³ John Pontifex, „Does Christianity have a future in Syria?“, *The Tablet*, 10. März 2016 <http://www.thetablet.co.uk/features/2/8128/does-christianity-have-a-future-in-syria-john-pontifex-visits-homs-five-years-on-to-find-out>

¹⁴ John Pontifex and John Newton, *Persecuted and Forgotten? A Report on Christians oppressed for their Faith 2013-15 Executive Summary*, S. 5.

¹⁵ Francis Phillips, „A significant study of the world's disappearing communities“, *Catholic Herald*, 20. Januar 2015 <http://www.catholicherald.co.uk/commentandblogs/2015/01/20/a-significant-study-of-the-worlds-disappearing-communities/>

HINTERGRUNDINFORMATION

Sunnitischer und schiitischer Islam im Vergleich

Von Roberto Simona

Von den 1,6 Milliarden Muslimen weltweit sind knapp 85% Sunniten und rund 12% Schiiten. Saudi-Arabien und der Iran sind die Führungsmächte dieser beiden Hauptströmungen des Islam.

Schiiten und Sunniten teilen gemeinsame Grundüberzeugungen. So verkünden beide Gemeinschaften die Einheit des Einen Gottes, beide preisen Mohammed als den letzten Propheten, und beide verehren den Koran als ihr heiliges Buch. Doch gibt es auch wesentliche Unterschiede – diese nachzuvollziehen ist entscheidend, um den heutigen Islam zu verstehen.

Nach dem Tod Mohammeds im Jahr 632 traten vier Kalifen - Abu Bakr, Omar, Othman und schließlich Mohammeds Vetter Ali – seine Nachfolge an. Die islamische Gemeinschaft – die *Umma* – erkannte sie als „die rechtgeleiteten“ Kalifen an; mit der Ernennung Alis jedoch entbrannte schließlich ein Bürgerkrieg – oder *Fitna* – unter den Muslimen über die Frage nach der rechtmäßigen Führung der Umma. Seitdem ist die Gemeinschaft gespalten.

Das Wort Schiit bedeutet „Partisan“ und leitet sich von dem arabischen Ausdruck *schīʿat ʿAlī* (Partei Alis) ab. Schiitische Muslime glauben, dass die Führung der islamischen Gemeinschaft allein Mohammeds Vetter Ali zukommen durfte und über dessen Nachkommen in der Familie des Propheten bleiben muss. Nach Meinung der Sunniten hingegen konnte der Nachfolger Mohammeds unter allen der Umma zugehörigen Muslimen ausgewählt werden, und seine Aufgabe besteht vielmehr darin, die Einheit der Gemeinschaft zu gewährleisten als ein spiritueller Führer zu sein. Die Schiiten sind jedoch der Ansicht, dass der Nachfolger Mohammeds eine spirituelle und politische Verantwortung trägt. Diese bedeutendste Spaltung des Islam verfestigte sich mit der Ermordung Alis im Jahr 661. Seitdem kam es zwischen Sunniten und Schiiten immer wieder zu Kriegen, bei denen beide Seiten versuchten, eine konfessionelle und territoriale Vormachtstellung zu etablieren.

Im 20. und 21. Jahrhundert entstanden radikale sunnitische Bewegungen, z.B. die Muslim-Bruderschaft in Ägypten, die Wahhabitiden in Saudi-Arabien und Al-Qaida und der sogenannte Islamische Staat (IS; auch: Daesh) in Syrien und anderen Teilen der muslimischen Welt. Diesem sunnitischen Extremismus stand auf der anderen Seite der Aufstieg des revolutionären Schiiten-Regimes der Ayatollahs im Iran gegenüber, wodurch die Feindschaft zwischen Schiiten und Sunniten sich unbestreitbar verschärft hat.

Mit der jüngsten Aufhebung internationaler Sanktionen ist der Iran zu einem noch bedrohlicheren Herausforderer für die sunnitischen Monarchien im Nahen Osten geworden. Darüber hinaus gibt es in vielen sunnitischen arabischen Ländern eine bedeutende schiitische Bevölkerung, wodurch die Region destabilisiert wird. Dies ist besonders in Syrien der Fall, wo das alawitisch-schiitische Assad-Regime in einen grausamen Bürgerkrieg mit der mehrheitlich sunnitischen Bevölkerung des Landes verwickelt ist, während Assads Regierung und der Iran die beiden Hauptunterstützer der schiitischen Hisbollah im Libanon sind.

Auch der andauernde Konflikt im Irak hat ein konfessionelles Gesicht: Die Regierung nach Saddam Hussein wird von Schiiten dominiert, und es kommt in dem Land immer wieder zu Konflikten zwischen der schiitisch-arabischen Mehrheit und sunnitischen Stämmen, die oftmals den IS unterstützen. In Bahrain stellen die Schiiten 70% der Bevölkerung. In Saudi-Arabien leben zwei Millionen rebellische Huthi-Schiiten. Im Jemen, Saudi-Arabiens Nachbar im Süden, tobt ein Bürgerkrieg zwischen sunnitischen Stämmen und den Huthi.

Zu guter Letzt haben diese regionalen Spannungen aufgrund der immensen Erdölreserven im Iran, im Irak, in Saudi-Arabien und in den Golf-Emiraten auch internationale Tragweite, wodurch äußere Mächte wie Russland, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika direkt involviert sind.

gezwungen wurden, ihre Heimat zu verlassen, weil sie sich weigerten, den IS und andere Hardliner-Gruppen zu akzeptieren.¹⁷

Tatsächlich war die Bedrohung durch sunnitische Extremisten für schiitische Muslime in Zahlen ausgedrückt wahrscheinlich größer als für Menschen mit anderer Religionszugehörigkeit.¹⁸ Eine Untersuchung in Bezug auf den Wandel des Islam deutet darauf hin, dass die Verlagerung hin zu Extremismus und Intoleranz zum Teil einer zunehmenden Zersplitterung und Rivalität zwischen sunnitischen und schiitischen Gemeinschaften geschuldet ist. Bis vor kurzem konnten die unterschiedlichen Formen des Islam größtenteils nebeneinander existieren; nun aber ist die Gewalt zu einem derart verheerenden Ausmaß angewachsen, dass sie jeglicher Vorstellung von religiöser Vielfalt in Ländern und Regionen ein Ende macht, die noch vor einiger Zeit für ihre Pluralität und Toleranz bekannt waren. Dass der sunnitisch-schiitische Konflikt auch die Weltmächte auf entgegengesetzte Seiten der religiösen Kluft gezogen hat, verstärkt die Folgen noch.¹⁹ **(Siehe nebenstehende Hintergrundinformation zum schiitischen und sunnitischen Islam.)**

Mit dem Zustrom von Flüchtlingen in bisher nicht dagewesener Zahl steht Europa nicht nur einer humanitären Krise gewaltigen Ausmaßes gegenüber, sondern auch einer Krise, die deutliche Auswirkungen auf die religiöse Zusammensetzung der Gesellschaft hat. Bis vor kurzem wurde Europa nahezu vollständig von einer Religion und einem Wertesystem dominiert – und zwar dem Christentum und den Grundprinzipien von Gleichheit, Freiheit und Solidarität. Ein Schlüsselaspekt der sogenannten Flüchtlingskrise besteht für den Westen darin, dass sie den wachsenden Gegensatz hervorhebt, der zwischen den Aufnahmeländern, in denen Religion seit langem an Bedeutung verliert (dies gilt besonders für das historisch christliche Europa, die USA, Kanada und Australien), und einer weitverbreiteten Zunahme religiösen Eifers in vielen anderen Teilen der Welt besteht.

Deutschland hat im Jahr 2015²⁰ 1,1 Millionen Migranten aus dem Nahen Osten, Asien und Afrika aufgenommen. In einigen Medienberichten wurde das Augenmerk auf radikale Muslime unter ihnen gelenkt, die z.B. Druck auf andere Flüchtlinge mit christlichen Glauben ausübten, zum Islam zu konvertieren.²¹ Die Tatsache, dass die Flüchtlinge überwiegend Muslime sind, brachte die ohnehin angespannte öffentliche Debatte über den Platz des Islam in der westlichen Gesellschaft zum Eskalieren – besonders nach gewalttätigen Übergriffen, darunter die Angriffe auf Feiernde in der Silvesternacht, die unter anderem auch Kritik an der Einwanderungspolitik der Bundesregierung zur Folge hatten.²² Die Medien berichteten auch von rechtsextremen Organisationen im Westen, welche die Bedrohung durch islamistische Gewalt mit intolerantem oder potenziell bedrohlichem Verhalten beantworteten

und sich in manchen Fällen auf das Christentum beriefen, um dies zu rechtfertigen. So führte z.B. die Partei *Britain First* nach den Anschlägen in Paris im November 2015 „christliche Patrouillen“ im „muslimisch besetzten Osten Londons“ durch.²³

Schlagzeilen über die Bedrohung, die ein extremistischer und gewalttätiger Islam für ein ‚christliches‘ Europa darstellt, konnten nicht länger nur als Fremdenfeindlichkeit abgetan werden, als offensichtlich wurde, dass ein kleiner Teil der neuen Gemeinschaft radikalisiert war. Und diejenigen, die nicht in diese Kategorie fielen, fühlten sich trotzdem unwohl in einer Gesellschaft, die so anders war als ihre eigene – und in der die Religion im täglichen Leben nur eine kleine oder gar keine Rolle spielt, aber dennoch in der nationalen Identität verankert ist. Mit der Ausbreitung des Internets werden religiöser Extremismus und religiöse Gewalt mehr und mehr als Phänomene betrachtet, die keine geographischen Grenzen kennen. Ein Beispiel dafür sind die vielen jungen Muslime, deren Radikalisierung offensichtlich online stattgefunden hat und die sich dann für den Dschihad meldeten und in Syrien dem IS anschlossen. **Man kann sagen, dass sich der religiöse Extremismus im Zeitalter der neuen Medien zu einem toxischen „Klebstoff“ entwickelt hat, der entrechtete Individuen an globale Terrornetzwerke bindet, deren Wirkungsbereich für die Polizei und die Geheimdienste schwer zu erfassen ist.**

Der Bericht bringt islamistische Gewalt auch mit einem beachtlichen Anstieg von Gewalt und Intoleranz gegenüber jüdischen Gemeinschaften in Verbindung. Diese Entwicklung wurde mit den Anschlägen auf einen koscheren Supermarkt in Paris zwei Tage nach dem Attentat in der Redaktion des Satiremagazins *Charlie Hebdo* in die Aufmerksamkeit der Welt gerückt **(siehe Fallstudie zu den Anschlägen auf den koscheren Supermarkt auf den Seiten 18 und 19)**. Der *B’nai Brith Canada’s League for Human Rights* wurden im Jahr 2014 1.627 Vorfälle gemeldet – ein Anstieg von 21,7% im Vergleich zu 1.274 Vorfällen im Jahr 2013.²⁴ In Australien verzeichnete der *Executive Council of Australian Jewry* (ECAJ; Exekutivrat des australischen Judentums) 190 antisemitische Vorfälle in den achtzehn Monaten bis zum 30. September 2015. Der ECAJ legte die Vermutung nahe, dass die Anschläge mit dem Zorn der Muslime angesichts der andauernden Gewalt und Instabilität in den palästinensischen Gebieten, besonders im Gazastreifen, zusammenhingen. Die Häufung antisemitischer Vorfälle stand außerdem in Verbindung mit rechtsextremen Neonazi-Bewegungen. Beispielhaft sei hier Schweden genannt: Im September 2014 wurde in Stockholm das Auto eines Juden mutwillig zerstört; alle Scheiben wurden eingeschlagen und eine laminierte Karte mit einem Hakenkreuz unter den Scheibenwischer geklemmt. In mehreren

¹⁶ Francis Phillips, „A significant study of the world’s disappearing communities“, *Catholic Herald*, 20. Januar 2015 <http://www.catholicherald.co.uk/commentandblogs/2015/01/20/a-significant-study-of-the-worlds-disappearing-communities/>

¹⁷ „ISIS launches offensive against Sunni Muslims in Iraq“, 26. Juni 2016 <http://muslimnews.co.uk/newspaper/world-news/isis-launches-offensive-against-sunnimuslms-in-iraq/>

¹⁸ „ISIS killed more Muslims than people of other religions“, *EENADU India*, 18. November 2015, <http://www.eenaduindia.com/News/International/2015/11/18140154/ISIS-killed-more-Muslims-than-people-of-other-religions.vpf>

¹⁹ „Sunni v Shias, here and there“, *The Economist*, 29. Juni 2013 <http://www.economist.com/news/middle-east-and-africa/21580162-sectarian-rivalryreverberating-region-making-many-muslims>

²⁰ „Cologne attacks: New Year’s Eve crime cases top 500“, *BBC News*, 11. Januar 2016 <http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-35277249>

²¹ Tom Heneghan, „In Germany, concerns about Muslim refugees harassing Christians“, *Crux*, 7. Juni 2016 <https://cruxnow.com/global-church/2016/06/07/germany-concerns-muslim-refugees-harassing-christians/>

²² „Cologne attacks: New Year’s Eve crime cases top 500“, op. cit.

²³ https://www.facebook.com/OfficialBritainFirst/info/?entry_point=page_nav_about_item&tab=page_info

²⁴ <http://www.bnaibrithaudit.ca/>



FALLSTUDIE FRANKREICH

Geiseln bei Anschlag auf koscheren Supermarkt in Paris getötet

Januar 2015: In Abstimmung mit den Attentätern, die den Anschlag auf die Redaktion des Satiremagazins Charlie Hebdo am 7. Januar verübten, begingen zwei weitere Dschihadisten zwei Tage später einen Anschlag, der gegen die jüdische Gemeinschaft gerichtet war. Bei dem antisemitischen Attentat auf einen koscheren Supermarkt in Paris wurden vier Menschen getötet und vier weitere schwer verletzt. Die Geiselnahme endete mit der Erstürmung des Gebäudes durch die Polizei.

Die Todesopfer waren der Sohn eines bekannten Rabbiners, ein Rentner, ein Lehrer und ein Mitarbeiter des Supermarkts.

Yoav Hattab (22), Philippe Braham (45), Yohan Cohen (22) und François-Michel Saada (64) wurden von dem Dschihadisten Amedy Coulibaly während der Geiselnahme im *Hyper Cacher* am 9. Januar 2015 getötet.

Amedy Coulibaly (32) und sein Komplize Hayat Boumeddiene (26) wurden bereits in Verbindung mit dem Tod einer Polizeibeamtin gesucht, die am Vortag im Süden von Paris erschossen worden war.

Coulibaly wurde im Rahmen der Razzia erschossen, die nach dem dritten Terroranschlag in der französischen Hauptstadt innerhalb von drei Tagen durchgeführt wurde; Boumeddiene gelang die Flucht vor den Polizeibeamten.

Frankreich hat die größte jüdische Gemeinschaft in Europa; seit einigen Jahren ist in dem Land allerdings ein erheblicher Anstieg antisemitischer Übergriffe zu verzeichnen.

Nach diesen Ereignissen kam es in Frankreich zu weiteren Terroranschlägen, zu denen sich der sogenannte Islamische Staat (IS) bekannte: Im November 2015 wurden in Paris 130 Menschen getötet und 370 verletzt, und im Juli 2016 starben 85 Menschen und 307 wurden verletzt, als in Nizza ein Lastwagen in eine Menschenmenge gesteuert wurde.

Quellen: BBC News (online), 27 November 2015; *Le Monde*, 17 Februar 2015





FALLSTUDIE BIRMA (MYANMAR)

Buddhistischer Mönch führt antimuslimische Kampagne an

Juli 2014: Im Zuge antimuslimischer Ausschreitungen in Birmas zweitgrößter Stadt Mandalay kamen zwei Menschen ums Leben; etwa ein Dutzend weitere wurden verletzt. Die Toten wurden als ein Buddhist und ein Muslim identifiziert. Die Kämpfe in Mandalay begannen am Abend des 1. Juli, als Hunderte Buddhisten einen muslimischen Teeladen in der Gemeinde Chan Aye Thar Zan angriffen, nachdem zuvor behauptet worden war, dass der Inhaber eine buddhistische Angestellte vergewaltigt haben sollte. Bei dem Angriff wurden fünf Menschen verletzt; auch am folgenden Abend kam es zu Gewaltausbrüchen.

Oberst Zaw Min Oo von der Polizeibehörde Mandalay-Region gab gegenüber *Radio Free Asia* an, dass sich etwa 40 Mönche und 450 Laien mit „Stöcken und Messern“ in den Straßen versammelt hätten. Zeugen berichteten von großen Gruppen buddhistischer Demonstranten, die antimuslimische Parolen skandierten und mit Ziegelsteinen auf Häuser von Muslimen warfen.

Ashin Wirathu (im Bild), ein 45-jähriger buddhistischer Mönch aus dem Kloster Maseyin in Mandalay, wird von vielen mit antimuslimischer Hetze in Birma in Verbindung gebracht. Er ist dafür berüchtigt, mit seiner nationalistischen Bewegung „969“ islamfeindliche Ansichten zu propagieren und burmesische Buddhisten dazu aufzufordern, Mitglieder der muslimischen Gemeinschaft zu meiden.

Im Jahr 2003 wurde er wegen der Aufstachelung zu religiösem Hass zu einer 25-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt, kam aber im Januar 2012 wieder frei. Im Oktober, weniger als ein Jahr nach seiner Entlassung aus der Haft, organisierte er Proteste gegen das Vorhaben der internationalen Organisation für Islamische Zusammenarbeit, in dem Land ein Büro zu eröffnen.

Anhänger der nationalistischen „969“-Bewegung glauben, dass das Land, dessen Einwohner zu etwa 90% Buddhisten sind, von einer – wie sie behaupten – gefährlichen, schnell wachsenden muslimischen Bevölkerung bedroht sei.

Kardinal Charles Maung Bo von Yangon (Rangun) forderte in seiner Rede vor dem UN-Menschenrechtsrat im März 2016 die internationale Gemeinschaft auf, die Regierung seines Landes zur Aufrechterhaltung der Religionsfreiheit zu ermutigen. Infolge der oben erwähnten Gewaltzwischenfälle hat die burmesische Regierung einen Entwurf für „Gesetze zum Schutz der Rasse und Religion“ ausgearbeitet, mit denen das Recht, die Religion zu wechseln, sowie das Recht, jemanden außerhalb der eigenen „Rasse und Religion“ zu heiraten, abgeschafft würden.

Fuentes: *Radio Free Asia* (Webseite) 2. Juli 2014; Vice.Com (<http://www.vice.com/read/burmese-bin-laden-swears-hes-a-good-guy>) 23. Januar 2014; *Irawaddy*, 2. April 2013; Charles Cardinal Bo, „The Nation at Crossroads of Challenges and Opportunities“ Genf, 15. März 2016.

schwedischen Städten wurden Steine auf Synagogen geworfen, wobei die Fenster zerstört wurden.²⁵

Es gab im Berichtszeitraum kaum eine Religionsgemeinschaft, die nicht entweder Verfolgungsopfer oder -täter war. So stellt sich in diesem Bericht auch heraus, dass eine wachsende Bedrohung innerhalb der jüdischen, buddhistischen und hinduistischen Gemeinschaften nicht von den Hauptströmungen, sondern von lokalen Gruppen ausging, die Religion und Patriotismus miteinander verknüpfen, um eine Form des religiösen Nationalismus zu schaffen, bei der Minderheiten als Ausgestoßene betrachtet werden. Aus Birma (Myanmar) wurde berichtet, dass am 1. Juli 2014 vierzig buddhistische Mönche und 450 Laien sich in den Straßen des Ortes Chan Aye Thar sammelten, Messer und Stöcke schwenkten und einen muslimischen Teeladen belagerten.²⁶ **(Siehe nebenstehende Fallstudie zu antimuslimischer Gewalt in Birma.)** In Israel legten katholische Bischöfe im Dezember 2015 eine formelle Beschwerde gegen Rabbi Benzi Gopstein ein. Letzterer hatte auf einer ultraorthodoxen Webseite geäußert, dass „Weihnachten keinen Platz im Heiligen Land“ habe²⁷ und zur Zerstörung aller Kirchen in Israel aufgerufen, indem er hinzufügte: „Lasst uns die Vampire beseitigen, bevor sie erneut unser Blut trinken.“²⁸ In Indien, „der größten Demokratie der Welt“, wird der Respekt für Minderheitenrechte zunehmend durch extremistische Hindu-Gruppen bedroht. Diese „Pro-Hinduierungs“-Organisationen geben Anlass zu großer Sorge: Sie erzeugen ein Klima, in dem hinduistische Extremisten Angehörige religiöser Minderheiten körperlich angreifen können und dabei relative Straffreiheit genießen. Dies wurde im September 2015 deutlich, als hinduistische Extremisten den Muslim Akhlaq Ahmed brutal ermordeten; sie hatten den Mann beschuldigt, anlässlich des islamischen Opferfests eine Kuh geschlachtet und Rindfleisch gegessen zu haben.²⁹

Im Beobachtungszeitraum traten auch neue und grundlegende Probleme in einigen Ländern zutage, in denen eine bestimmte Religion mit dem Nationalstaat identifiziert wird. Dort ergriffen Regierungen und Gesetzgeber Maßnahmen, um die Rechte dieser Religion gegenüber den Rechten von einzelnen Gläubigen zu verteidigen.³⁰ Dies war besonders in Ländern wie Indien, Pakistan und Birma offensichtlich. Der UN-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit machte darauf aufmerksam, dass Staaten, die Gesetze zum Schutz einzelner Religionen erlassen, dadurch die Zukunft der Religionsfreiheit gefährden können. Er beschrieb in diesem Zusammenhang auch die Gefahr einer zunehmenden

Trennung entlang religiöser oder ethnischer Linien; außerdem könne sich eine allgemeine Meinung herausbilden, nach der ein Religionswechsel einem Betrug an der ethnischen oder rassischen Identität gleichkomme. **Wie aus diesem Bericht hervorgeht, weisen Länder, die eine Staatsreligion angenommen haben, in den vergangenen Jahrzehnten eine steigende Tendenz auf, „Blasphemiegesetze“ zu erlassen, die anfällig für Missbrauch sind.** In Pakistan ist das bisherige Unvermögen der Regierung, die sogenannten Blasphemiegesetze abzuändern, auf wachsende internationale Kritik gestoßen, besonders nachdem die Gerichte offensichtlich von populistischen Gruppierungen unter Druck gesetzt wurden, die Ehre des Islam um jeden Preis aufrechtzuerhalten – und in diesem Zusammenhang unter Umständen das Recht des Einzelnen auf ein faires Verfahren unterminieren. Im Juli 2015 setzte der Oberste Gerichtshof in Pakistan³¹ die Todesstrafe aus, die im Fall der Christin Asia Bibi verhängt worden war. Sie war auf der Ebene kommunaler Gerichte, namentlich vom Gericht in Lahore, der Gotteslästerung für schuldig befunden worden.³² Durch den Fall wurden erneut Bedenken bezüglich der im Justizsystem des Landes auf Kommunalebene herrschenden Voreingenommenheit laut.³³

Die Untersuchung von Ländern, deren Regierungssysteme diktatorische oder autoritäre Züge aufweisen, zeigte auf, dass verstärkte Sicherheitsmaßnahmen und Verordnungen, welche die Religionsfreiheit beschneiden, oft mit der Bedrohung durch religiösen Extremismus gerechtfertigt werden. Usbekistan, Aserbaidschan³⁴ und andere Länder in Zentralasien haben als Reaktion auf die Bedrohung neue und strengere Kontrollen bezüglich der Religionsfreiheit durchgesetzt, die von Kritikern als willkürlich angesehen werden, da sie nicht nur Auswirkungen auf extremistische Gruppierungen haben, sondern auch auf Muslime aller Traditionen und andere Gläubige. In Usbekistan wurden die Sicherheitskräfte in zahlreichen Städten im Rahmen einer Säkularisierungskampagne angehalten, muslimische Frauen zur Entfernung ihrer Kopftücher aufzufordern; Männern wurde eine Geldstrafe für das Tragen einer Schädelschleife angedroht.³⁵ Durch einen Erlass des Bildungsministeriums wurde Menschen unter 18 Jahren der Besuch der Freitagsgebete untersagt; bei Nichteinhalten wurden ihre Eltern mit einer Geldbuße belegt.³⁶

Das Verzeichnis der Länder mit schwerwiegenden Verletzungen der Religionsfreiheit, das im Rahmen dieses Berichts erstellt wurde, liefert wichtige Erkenntnisse bezüglich der Einflussnahme von Regimen mit diktatorischen oder autoritären Zügen. Von den 22

²⁵ <http://kantorcenter.tau.ac.il/sites/default/files/Scandinavia%202014.pdf>

²⁶ „Anti-Muslim Riots Turn Deadly in Myanmar’s Mandalay City“, *Radio Free Asia*, 2. Juli 2014 <http://www.rfa.org/english/news/myanmar/riot-07022014164236.html>

²⁷ „Israel: Bishops protest as Rabbi describes Christians as vampires“, *Independent Catholic News*, 23. Dezember 2015 <http://www.indcatholicnews.com/news.php?viewStory=29100>

²⁸ <http://en.lpj.org/2015/08/10/aochl-fi-les-complaint-against-the-rabbi-gopstein/>

²⁹ „India’s politics of beef shows its violent side“, *UCANews*, 7. Oktober 2015 <http://www.ucanews.com/news/indias-politics-of-beef-shows-its-violent-side/74387>

³⁰ Heiner Bielefeldt, „Misperceptions of Freedom or Religion or Belief“, *Human Rights Quarterly*, Vol. 35 (2013), S. 45.

³¹ „Pakistan Supreme Court suspends Asia Bibi death sentence“, *BBC News*, 22. Juli 2015 <http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-33617186>

³² Morgan Lee, „Asia Bibi’s Death Sentence upheld by Lahore High Court“, *Christianity Today*, 17. Oktober 2014 <http://www.christianitytoday.com/gleanings/2014/october/asia-bibis-death-sentence-upheld-by-lahore-high-court.html>

³³ „Pakistan Supreme Court suspends Asia Bibi death sentence“, op. cit.

³⁴ „Das Land hat kürzlich das Gesetz über die Religionsfreiheit und zur Bekämpfung des religiösen Extremismus abgeändert, wonach es Menschen, die ihre religiöse Ausbildung im Ausland erhalten haben, verboten ist, islamische Riten und Zeremonien in Aserbaidschan durchzuführen.“, Nigar Orujova, „New religious university may appear in Azerbaijan“, *Azernews*, 8. Dezember 2015 <http://www.azernews.az/azerbaijan/90576.html>

³⁵ *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 28. April 2015 und 14. Juni 2015.

³⁶ *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 24. September 2015.



FALLSTUDIE CHINA

Religiöse Symbole zerstört

Mei 2015: In der Provinz Zhejiang wurden neue Vorschriften erlassen, die die Entfernung religiöser Symbole in China zur Folge hatten. Die Behörden veröffentlichten einen Verordnungsentwurf, in dem Bedingungen für die Farbe, Größe und Position von Kreuzen an Gotteshäusern und Gebäuden in Kircheneigentum festgelegt werden. Gemäß der neuen Weisungen dürfen religiöse Bauten nicht höher als 24 Meter sein; die Anbringung von Kreuzen auf Kirchtürmen ist verboten. Stattdessen müssen christliche Symbole an den Mauern des Gebäudes angebracht werden; dabei darf ihre Höhe nicht ein Zehntel der Länge des Gebäudes überschreiten, und sie müssen in einer unauffälligen Farbe gehalten sein.

Der neue Verordnungsentwurf fiel in die Mitte einer Kampagne für den Abriss von Kreuzen und Kirchen, die 2013 in Zhejiang ihren Anfang nahm und sich auch auf die benachbarten Provinzen Henan und Anhui ausgeweitet hat. Die Regierung argumentierte in diesem Zusammenhang, dass die abgerissenen Gebäude gegen geltende Bauvorschriften verstießen, obgleich sowohl Katholiken als auch Protestanten betonten, dass viele der Bauten mit der Genehmigung der kommunalen Verwaltung errichtet wurden. Bis März 2016 wurden über 2.000 Kirchen und Kreuze zerstört.

Die chinesische Regierung hat außerdem Anstrengungen unternommen, den Prozess der „Sinisierung“ voranzutreiben, wodurch Religionsgemeinschaften sich zunehmend der chinesischen Kultur anpassen und an den zentralen Werten des Sozialismus ausrichten müssen. Die „Sinisierung“ räumt der Treue gegenüber dem Staat und der Kommunistischen Partei Priorität vor religiösen Überzeugungen ein und zielt unter anderem darauf ab, das Christentum mit chinesischen Besonderheiten zu verschmelzen.

Quellen: UCA News, 7. Mai 2014; Aid to the Church in Need, *Persecuted and Forgotten? A Report on Christians oppressed for their Faith 2013-16*.

Ländern, die in die Kategorie ‚Verfolgung‘ eingeordnet wurden, gab es in sechs Fällen Belege für umfassende und ernsthafte Probleme, deren Ursache ein autoritärer Staat ist. In zweien dieser Länder (China und Eritrea) hat sich die Situation eindeutig verschlechtert, in den übrigen vier (Birma, Nordkorea, Turkmenistan und Usbekistan) war die Verfolgung gleichbleibend wie im Zeitraum 2012-2014. Am Beispiel dieser Fälle zeigte sich, wie der Staat seine Kontrolle dadurch behauptete, dass er gegen Glaubensgemeinschaften vorging, die angeblich eine Bedrohung der ‚Ordnung‘ darstellten.

Vermehrte Verhaftungen, Gesetze zur Einschränkung der Religionsfreiheit, staatliche Rhetorik gegen religiöse Pluralität und sporadische Aktionen von regierungsgeleiteter Gewalt setzen Religionsgemeinschaften erneut unter Druck. Dies betrifft so unterschiedliche Länder wie China, Usbekistan und die benachbarten „-stans“, und Indien, sowie die dauerhaften Rechtsverletzer, namentlich Nordkorea. Wie aus dem Bericht hervorgeht, betrachten autoritäre Staaten Religion als eine Kraft, welche die Treue der Bürger zum Staat unterminiert – eine Art unerwünschter fremder Einfluss durch die Hintertür. Was das Christentum betrifft, so gilt es als das trojanische Pferd des westlichen Imperialismus.

In China war eine neue Tendenz zu beobachten, dass religiöse Minderheiten als Gruppen gebrandmarkt werden, die Zwietracht und Uneinigkeit säen. Die sich fortsetzende Inhaftierung von Bischöfen und anderen religiösen Oberhäuptern, die als Bedrohung der Staatsmacht angesehen werden, ging mit wachsender Intoleranz gegenüber Gemeinschaften einher, die als außerhalb der Legalität stehend betrachtet werden. Chinas Politik der „Sinisierung“, mit der Religionen verpflichtet werden, sich der chinesischen Kultur anzupassen und „externe Einflüsse“ auszumerzen, setzt Glaubensgemeinschaften vermehrt unter Druck, sich der größeren staatlichen Kontrolle zu beugen. Widerstand gegen die Vorschriften hat drastische Konsequenzen. Vorschriften, die im Mai 2015 in der Provinz Zhejiang eingeführt wurden, legen beispielsweise die Farbe, Größe und Position von Kreuzen sowie die Höhe religiöser Gebäude fest. Der Erlass fiel in die Mitte einer Kampagne zum Abriss von Kirchen und Kreuzen in Zhejiang und benachbarten Provinzen, die bereits 2013 ihren Anfang genommen hatte.³⁷ **(Siehe nebenstehende Fallstudie zur staatlich unterst tzten Entfernung christlicher Symbole von Kirchen in China.)** Berichten zufolge wurden bis März 2016 über 2.000 Kirchen und Kreuze abgerissen.³⁸ Die Pastorengattin Ding Cuimei erstickte, als sie mit ihrem Mann gegen den Versuch, ihre Kirche abzureißen, protestierte und dabei lebendig begraben wurde. In den Jahren 2014 und 2015 führten Bemühungen der Regierung, China von „spiritueller Verunreinigung“ durch Religionen inklusive des Christentums zu befreien, dazu, dass die „konsumorientierten“ Aspekte von für den Westen typischen Weihnachtsfeierlichkeiten in mehreren Städten verboten waren – dazu gehörte u.a. das Verbot

von Weihnachtsfeiern, Weihnachtsbäumen und Grußkarten in Schulen und Universitäten.³⁹ In der Region Xinjiang wurde Beamten, Studenten und Lehrern im Juni 2015 das Fasten im Ramadan untersagt. Zu Beginn des Jahres 2015 gingen die Behörden in der Provinz Shanxi hart gegen ländlichen Feudalismus und Aberglauben vor und nahmen dabei vor allem Feng-Shui-Meister und Schamanen ins Visier.⁴⁰

Die Inhaftierung von angeblich verdächtigen religiösen Einzelpersonen und Gruppen setzte sich in China weiter fort und verschlimmerte sich in Eritrea, wo Berichten zufolge 3.000 Menschen aus religiösen Gründen ins Gefängnis gesteckt wurden.⁴¹

Religiöse Gefangene werden häufig in die härtesten Gefängnisse gebracht. Nordkorea führt die Weltrangliste der Nationen, welche die Religionsfreiheit verletzen, weiterhin in einem derartigen Ausmaß an, dass eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen feststellte, dass „das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit nahezu vollständig geleugnet wird“, beruhend auf einem Regime, das „die Verbreitung des Christentums als besonders ernsthafte Bedrohung“ ansieht.⁴² Denjenigen, die bei heimlichen religiösen Handlungen ertappt werden, droht Gefängnis, Folter und Hinrichtung. In Birma (Myanmar) leiden die Rohingya-Muslime trotz öffentlichkeitswirksamer Kampagnen, die auf ihre Notlage aufmerksam machen, und andere Minderheiten weiterhin unter staatlicher Gewalt und Unterdrückung. **Die Rohingya, die oft als „am meisten verfolgte Minderheit der Welt“ bezeichnet werden, sind zu Tausenden unter hoffnungslosen Bedingungen in staatlich verwalteten Lagern eingepfercht, ohne Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung oder humanitärer Hilfe.**⁴³ Die Zahl derjenigen, die nach Malaysia, Indonesien oder Thailand fliehen, wird immer größer; dabei nehmen die Menschen eine ungewisse Reise im Boot auf dem offenen Meer auf sich, nur um sich am Ende als „Staatenlose“ wiederzufinden, die nicht in ihre Heimat zurückkehren können.

Spannungen im Westen angesichts der Frage nach dem Platz der Religion mögen im Vergleich zu den Geschehnissen in anderen Teilen der Welt verblasen. Doch hier sind die Glaubensgemeinschaften durch einen Prozess verstärkter Säkularisierung unter Druck geraten. Im Westen hat die Debatte um Glaubensfragen das Thema der Weigerung aus Gewissensgründen in den Mittelpunkt gestellt. In einer säkularen Gesellschaft, die Religion als Privatangelegenheit betrachtet und die freie Wahl als oberstes Recht, förderte jeder Einzelfall die Probleme zutage, die entstehen, wenn Ärzte, Krankenschwestern, Standesbeamte oder andere Beschäftigte im öffentlichen Dienst Gefahr laufen, ihren Job zu verlieren oder vor Gericht gestellt zu werden, weil sie ihrem Gewissen folgen und sich beispielsweise weigern, eine Abtreibung vorzunehmen oder eine Lebenspartnerschaft einzutragen. Der

³⁷ „China says religions are a threat to national security“, UCAnews, 7. May 2014 <http://www.ucanews.com/news/china-says-religions-are-a-threat-to-nationalsecurity/70883>

³⁸ AsiaNews.it, 20. Mai 2014; AsiaNews.it, 24. Juni 2015; AsiaNews.it, 24. Juli 2015; China Aid, 15. März 2016.

³⁹ AsiaNews.it, 14. Januar 2016.

⁴⁰ AsiaNews.it, 19. Juni 2015.

⁴¹ John Pontifex and John Newton, *Persecuted and Forgotten, A Report on Christians oppressed for their Faith 2013-15, Executive Summary*, S. 23.

⁴² UN Report of the commission of inquiry on human rights in the Democratic People's Republic of Korea Violations of the freedoms of thought, expression and religion (31) <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/CoIDPRK/Pages/ReportoftheCommissionofInquiryDPRK.aspx>

⁴³ „The Rohingyas: The most persecuted people on Earth?“, *Economist*, 13. June 2015. <http://www.economist.com/news/asia/21654124-myanmars-muslimminority-have-been-attacked-impunity-stripped-vote-and-driven>

Hintergrundinformation

Religionsfreiheit und ökonomischer Wohlstand

Von Peter Sefton-Williams

Umfangreiche Forschungsergebnisse deuten auf einen engen Zusammenhang zwischen Religionsfreiheit und ökonomischem Wohlstand hin. Dies lässt den Schluss zu, dass ein Land wahrscheinlich umso ärmer und weniger entwickelt ist, je mehr seine Regierung versucht, religiöse Aktivität einzuschränken oder zu kontrollieren.

Eine wichtige Persönlichkeit auf dem Gebiet der Erforschung dieses Zusammenhangs ist Dr. Brian Grim, Vorsitzender der *Religious Freedom & Business Foundation*. In einer in Zusammenarbeit mit Greg Clark und Robert Edward Snyder verfassten Studie aus dem Jahr 2014 mit dem Titel *Is Religious Freedom Good for Business? (Ist Religionsfreiheit gut fürs Geschäft?)*, stellt er „einen positiven Zusammenhang zwischen Religionsfreiheit und zehn der zwölf Säulen globaler Wettbewerbsfähigkeit, wie sie anhand des *Global Competitiveness Index* des Weltwirtschaftsforums bemessen wird“ fest.

In einer weiteren Forschungsarbeit mit dem Titel *The Price of Freedom (Der Preis der Freiheit; Brian Grim & Roger Finke, Cambridge, 2011)* stützt Dr. Grim die These des Harvard-Ökonomen und Nobelpreisträgers Amartya Sen, dass dort, wo Religionsfreiheit herrscht, auch andere Freiheiten herrschen – und damit auch weniger Fälle von bewaffnetem Konflikt, bessere Gesundheitsergebnisse, bessere Bildungschancen für Frauen und ein höheres Erwerbseinkommen für Frauen und Männer.

Ein Beispiel, das Dr. Grim für den Zusammenhang zwischen Religionsfreiheit und menschlicher Entwicklung anführt, ist der Gegensatz zwischen Saudi-Arabien und seinem nahen Nachbarn, den Vereinigten Arabischen Emiraten. Hierzu schreibt Grim: „In den Emiraten, wo viele Glaubensrichtungen legal sind, haben die Menschen viele Möglichkeiten, einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten – sowohl über religiöse Vereinigungen als auch auf anderen Wegen. Die Menschen arbeiten tendenziell hart und nehmen an der Gesellschaft teil.

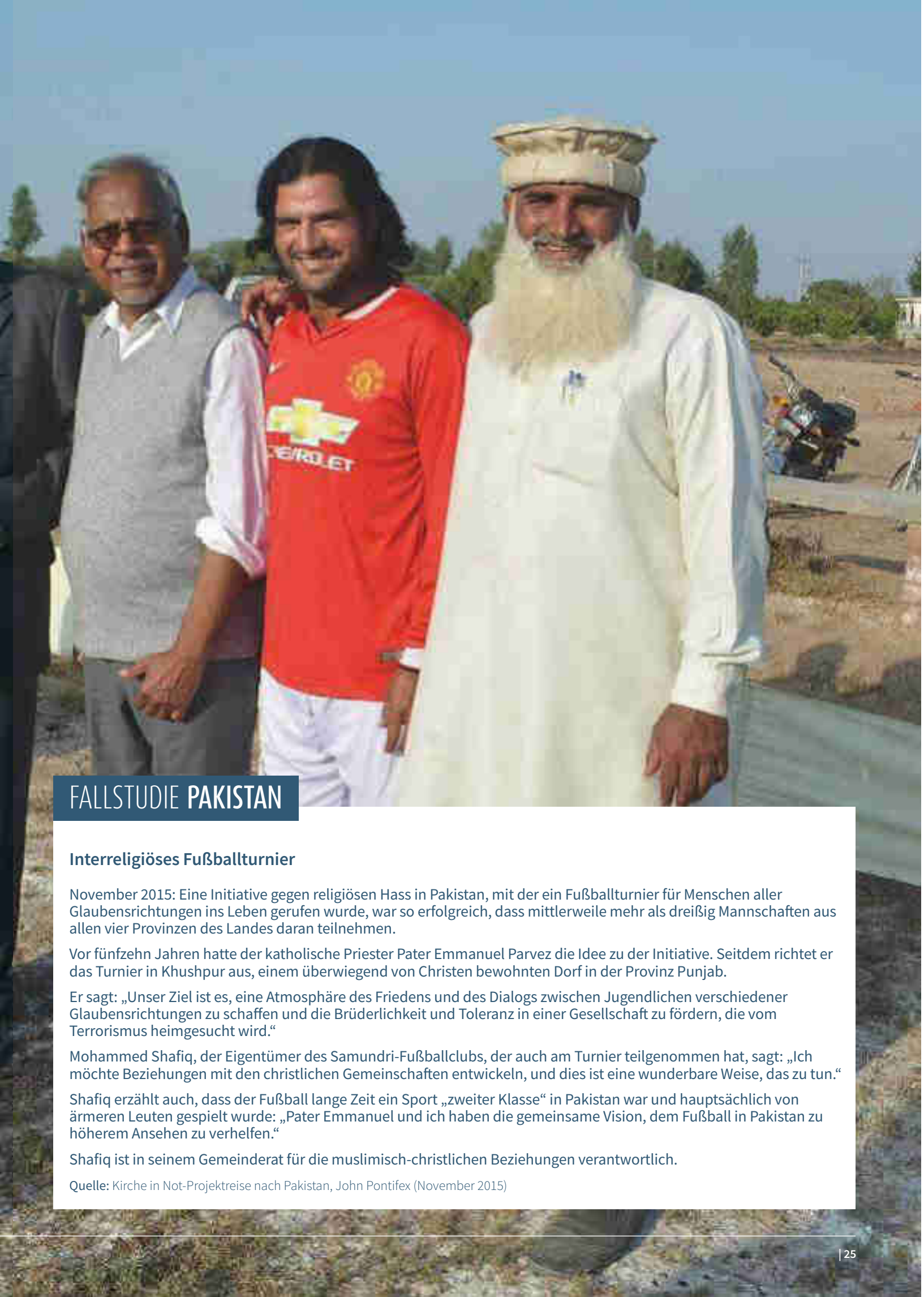
In Saudi-Arabien hingegen, wo alle Glaubensrichtungen bis auf eine illegal sind, gibt es viel weniger Begeisterung für die Arbeit, und viele Menschen haben kaum das Verlangen, außerhalb der Arbeit noch etwas für die Gesellschaft zu tun. Diese Erfahrungen, die von vielen Menschen in beiden Ländern berichtet werden, legen nahe, dass ein Zusammenhang zwischen dem Grad der Religionsfreiheit und dem wirtschaftlichen Leben der Menschen in jedem dieser Länder besteht.

So war 2007 beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf nach Kaufkraftparität (BIP-KKP) in den Emiraten mit 55.200 USD nahezu dreimal so hoch wie das Pro-Kopf-BIP-KKP in Saudi-Arabien mit nur 20.700 USD.“

Als weiteres Beispiel führt Grim China an. Während der Kulturrevolution war dort jegliche religiöse Aktivität verboten. Er schreibt hierzu: „In den frühen 1980er Jahren hat China die düsteren Jahre hinter sich gelassen, in denen die Religion vollständig unterdrückt wurde. Seitdem hat Chinas Wirtschaft einen Aufschwung erlebt.“ Er räumt ein, dass der Staat Religionsgemeinschaften auch weiterhin „gewaltsam einschränkt“, stellt jedoch auch den krassen Gegensatz zwischen der vielseitigen religiösen Landschaft des heutigen China und den sterilen Jahren der Kulturrevolution heraus. Grim kommt zu dem Schluss: „Manche Chinesen meinen, dass eine weitere Entfaltung der Religionsfreiheit den Chinesen helfen kann, noch größere gesellschaftliche Fortschritte zu machen.“



Fußball, Glaube und Freiheit in Pakistan: Von links nach rechts: Der katholische Bischof von Faisalabad, Joseph Arshad; der katholische Priester Pater Emmanuel Parvez, Begründer des interreligiösen Fußballturniers; der Fußballer Salim Bad und der Eigentümer des Samundri-Fußballclubs, Mohammed Shafiq.



FALLSTUDIE PAKISTAN

Interreligiöses Fußballturnier

November 2015: Eine Initiative gegen religiösen Hass in Pakistan, mit der ein Fußballturnier für Menschen aller Glaubensrichtungen ins Leben gerufen wurde, war so erfolgreich, dass mittlerweile mehr als dreißig Mannschaften aus allen vier Provinzen des Landes daran teilnehmen.

Vor fünfzehn Jahren hatte der katholische Priester Pater Emmanuel Parvez die Idee zu der Initiative. Seitdem richtet er das Turnier in Khushpur aus, einem überwiegend von Christen bewohnten Dorf in der Provinz Punjab.

Er sagt: „Unser Ziel ist es, eine Atmosphäre des Friedens und des Dialogs zwischen Jugendlichen verschiedener Glaubensrichtungen zu schaffen und die Brüderlichkeit und Toleranz in einer Gesellschaft zu fördern, die vom Terrorismus heimgesucht wird.“

Mohammed Shafiq, der Eigentümer des Samundri-Fußballclubs, der auch am Turnier teilgenommen hat, sagt: „Ich möchte Beziehungen mit den christlichen Gemeinschaften entwickeln, und dies ist eine wunderbare Weise, das zu tun.“

Shafiq erzählt auch, dass der Fußball lange Zeit ein Sport „zweiter Klasse“ in Pakistan war und hauptsächlich von ärmeren Leuten gespielt wurde: „Pater Emmanuel und ich haben die gemeinsame Vision, dem Fußball in Pakistan zu höherem Ansehen zu verhelfen.“

Shafiq ist in seinem Gemeinderat für die muslimisch-christlichen Beziehungen verantwortlich.

Quelle: Kirche in Not-Projektreise nach Pakistan, John Pontifex (November 2015)



FALLSTUDIE MAROKKO

Muslimische Erklärung soll religiöse Minderheiten schützen

Januar 2016: Im Rahmen einer dreitägigen Konferenz in Marrakesch (Marokko) wurden muslimische Staaten aufgerufen, nicht-muslimische Minderheiten vor Verfolgung zu schützen; Führungspersonlichkeiten wurden aufgefordert, die Religionsfreiheit für alle sicherzustellen.

Muslimische Gelehrte aus über 120 Ländern und Hunderte religiöse Oberhäupter kamen zusammen, um islamische Extremisten wie den sogenannten Islamischen Staat (IS) und andere Terrormilizen öffentlich zu verurteilen und islamische Autoritäten zu ermutigen, die Beziehungen zu den Bürgern unabhängig von religiösen Identitäten weiter auszubauen.

Aus der Konferenz ging die sogenannte „Erklärung von Marrakesch“ hervor; das Dokument baut auf den Grundsätzen der Charta von Medina auf, eine von dem Propheten Mohammed ausgearbeitete Verfassung, welche die Grundlage für einen multireligiösen islamischen Staat in Medina bildete.

Da die Erklärung keine rechtsverbindliche Wirkung hat, wird sie von jedem Land individuell ausgelegt werden. In dem Dokument werden die Grundsätze einer „verfassungsgemäßen vertraglichen Bürgerschaft“ aufgeführt, die u.a. Freiheit, Solidarität und Verteidigung, sowie „Gerechtigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz“ beinhalten.

Darüber hinaus werden Bildungseinrichtungen aufgefordert, Schüler und Studenten vor Materialien zu schützen, mit denen möglicherweise extremistische Ansichten und Terrorakte beworben werden; des Weiteren werden Politiker und Entscheidungsträger ermahnt, „alle Ansätze und Initiativen zu unterstützen, deren Ziel es ist, die Beziehungen und das Verständnis zwischen verschiedenen Religionsgemeinschaften in der muslimischen Welt zu stärken.“

Quellen: *Christianity Today*, 28. Januar 2016; *Morocco World News*, 30. Januar 2016.

Gesamteffekt war, dass die Religion aus dem öffentlichen Raum verbannt wurde, besonders wenn Arbeitnehmerrechte betroffen waren. Dieses Phänomen bezeichnet der UN-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit als „die erzwungene Privatisierung der Religion“.⁴⁴ In den USA wurde das Dignity Health-Mercy Medical Center in Redding (Kalifornien), eine katholische Einrichtung, die vom Orden der Barmherzigen Schwestern gegründet wurde, von einem Bündnis verklagt, dem auch die American Civil Liberties Union angehörte. Das Krankenhaus sollte dazu gezwungen werden, in seinen Einrichtungen Sterilisierungen durchzuführen.⁴⁵

Vor diesem Hintergrund, der von gnadenloser Düsternis gekennzeichnet zu sein scheint, stellt sich die Frage: Gibt es auch Zeichen der Hoffnung?

Im Beobachtungszeitraum wurden Forschungsergebnisse bekannt, die nahelegen, dass die Förderung von unternehmerischer Freiheit und Religionsfreiheit Vorteile für beide Seiten mit sich bringen kann (**siehe Hintergrundinformation zum Thema Religionsfreiheit und ökonomischer Wohlstand auf Seite 24**). Der in den USA ansässige Professor Brian J. Grim von der *Religious Freedom & Business Foundation*, der weltweit Vorträge bei akademischen, politischen und religiösen Konferenzen hält, argumentiert, dass die Förderung der Religionsfreiheit in der Geschäftswelt nicht nur gegen einen bedeutenden sozialen Missstand Wirkung zeigen, sondern auch einen Gewinn für die Konjunkturbelebung und das Wirtschaftswachstum darstellen kann.⁴⁶ Seine These beinhaltet auch eine Botschaft an religiöse Führer und Staatslenker: Die Unterdrückung religiöser Minderheiten kann potenzielle Investoren verschrecken, die in der Lage wären, dringend benötigte Arbeitsplätze und Chancen zu schaffen. Ähnlich kann die Förderung von wirtschaftlichen Chancen zum Rückgang von Arbeitslosigkeit und Armut führen, welche ihrerseits einen Nährboden für Extremismus und Gewalt bilden. Ein Mangel an Religionsfreiheit fördert darüber hinaus die Existenz einer Gesellschaft zweiter Klasse; damit wird die Gesellschaft wesentlicher und möglicherweise wertvoller Beiträge durch Menschen beraubt, die aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit an den Rand gedrängt werden. Ob derartige Ideen von Regierungen aufgenommen werden, besonders in Ländern, die von religiöser Unterdrückung gekennzeichnet sind, bleibt abzuwarten; trotzdem gibt die weite Verbreitung von Grims Analyse Anlass zur Hoffnung für die Zukunft.

Ein zweiter wichtiger Bereich des Engagements betrifft die Entwicklung von Initiativen, die Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen zusammenbringen und Situationen schaffen, die geeignet sind, Misstrauen und Hass abzubauen. Der Sport oder auch Beschäftigungsmöglichkeiten, die bewusst über Religionsgrenzen hinausgehen, haben ebenfalls das Potenzial, eine solche Wirkung zu erreichen, besonders wenn führende Persönlichkeiten der Gemeinschaft beteiligt sind. Ein Beispiel aus Pakistan sticht in diesem Zusammenhang hervor – ein Fußballturnier

mit Mannschaften, die sowohl aus Muslimen als auch Christen zusammengesetzt sind, und das gemeinschaftlich von muslimischen Oberhäuptern und dem katholischen Bischof von Faisalabad organisiert wird.⁴⁷ (Siehe Fallstudie zum interreligiösen Fußball in Pakistan auf den Seiten 24 und 25).

Und auch Initiativen der höchsten Oberhäupter der Weltreligionen für mehr Dialog und Verständnis gaben Anlass zur Hoffnung in einer Zeit der wachsenden Besorgnis angesichts des Anstiegs von religiös motivierter Intoleranz und Hass. Das Treffen von Papst Franziskus und dem Großimam der Kairoer Al-Azhar-Moschee im Vatikan – das erste zwischen dem amtierenden Oberhaupt der Katholischen Kirche und einer führenden Autorität des sunnitischen Islam – weckte die Hoffnung, dass die religiösen Führungspersonlichkeiten gemeinsam etwas gegen Gewalt und Extremismus bewirken könnten.⁴⁸ (**Siehe Fallstudie zum Treffen von Papst Franziskus mit dem Großimam auf den Seiten 28 und 29.**) Derartige Hoffnungen wurden weiter genährt durch zunehmende Hinweise der Kooperation innerhalb muslimischer und anderer Religionsgemeinschaften mit dem Ziel, sich von Glaubensbrüdern mit extremistischen Ansichten abzugrenzen. Außerdem gab es Bestrebungen, die Position von Minderheiten in Ländern zu verteidigen, in denen sich die Dominanz einer einzigen Religion zum Nachteil anderer Glaubensgemeinschaften abzeichnet. Ein bedeutendes Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Unterzeichnung einer Erklärung im Januar 2016 in Marrakesch (Marokko) durch muslimische Gelehrte aus über 120 Ländern, mit der muslimische Staaten dazu aufgerufen werden, Minderheiten anderer Glaubensrichtungen vor Verfolgung zu schützen.⁴⁹ (**Siehe nebenstehende Fallstudie zur Marrakesch-Erklärung.**)

Es wird deutlich, dass turbulente Ereignisse in der Welt im Beobachtungszeitraum tiefgreifende und weitreichende Auswirkungen auf die Religionsfreiheit in vielen Ländern der Erde gehabt haben. Kräfte des Wandels wurden dominiert vom Aufstieg des islamistischen Hyper-Extremismus, der die Religionsfreiheit in Teilen des Nahen Osten bereits vernichtet hat und droht, in anderen Regionen der Welt dasselbe zu tun. Ein erhöhtes Bewusstsein angesichts der Bedrohung religiöser Minderheiten spiegelt sich in den Handlungen von Politikern, Parteien und sogar einiger Parlamente wider, die häufiger als je zuvor die Stimme erheben und mit Worten und Taten für verfolgte Individuen und Gemeinschaften eintreten. Ein Hoffnungsschimmer liegt auch in der Bereitschaft einiger islamischer Oberhäupter, der extremistischen Bedrohung eine abgestimmte Antwort entgegenzusetzen. Durch Maßnahmen der Sicherheitsdienste wird es niemals gelingen, die Ideologie hinter dieser Bedrohung in Frage zu stellen. Diese Herausforderung können nur die religiösen Führungspersonlichkeiten selbst annehmen. **Eine übergeordnete Schlussfolgerung dieses Berichts betrifft die Notwendigkeit, neue und abgestimmte Wege zu finden, damit religiöse Vielfalt auch an jene Orte der Welt zurückkehren kann, an denen Minderheiten „in ihrer grundlegenden Existenz“ bedroht sind.**⁵⁰

⁴⁴ Bielefeldt, S. 49.

⁴⁵ Siehe Länderbericht USA – *Religionsfreiheit weltweit* 2016.

⁴⁶ „Seminar highlights links between religious freedom and economic prosperity“, UK Baha’i News, 7. März 2016 <http://news.bahai.org.uk/2016/03/07/seminar-highlights-links-between-religious-freedom-and-economic-prosperity/>

⁴⁷ John Pontifex, „Pakistan – Persecution and faith in the future“, Aid to the Church in Need (UK), S. 2.

⁴⁸ *The Tablet*, 28. Mai 2016, S. 25.

⁴⁹ Karla Dieseldorff, „Marrakech Conference Urges Muslim Countries to Protect Non-Muslim Minorities“, Morocco World News, 30. Januar 2016 <http://www.moroccoworldnews.com/2016/01/178607/marrakech-conference-urges-muslim-countries-to-protect-non-muslim-minorities/>

⁵⁰ Papst Benedikt XVI., „Message to Aid to the Church in Need“, zitiert auf <http://www.acnuk.org/middle-east-pope-benedict-xvi-s-top-priority?handle=popemiddle-east.html>

Historisches Treffen: Papst empfängt führenden Imam

Mai 2016: Papst Franziskus und Ahmad al-Tayyeb, Großimam der Al-Azhar-Moschee in Kairo, sind im Vatikan zu einem Treffen zusammengekommen. Vertreter beider Glaubensrichtungen sprachen von einer historischen Begegnung. Der Heilige Vater umarmte seinen Gast in einer versöhnlichen Geste, die als Symbol für eine Erneuerung der Beziehungen zwischen der Katholischen Kirche und dem Islam betrachtet wurde.

Das erste Treffen zwischen dem Oberhaupt der Katholischen Kirche und der anerkannten Autorität des sunnitischen Islams zeigte eine erhebliche Verbesserung der Beziehung zwischen den beiden Glaubensgemeinschaften seit dem Amtsantritt von Franziskus im Jahr 2013 auf. Der Großimam hatte im Jahr 2011 die Gespräche ausgesetzt, nachdem Papst Benedikt XVI. nach Anschlägen in Alexandria mehr Schutz für Christen gefordert hatte. Der Imam von Al-Azhar hatte das damalige Oberhaupt der weltweit 1,2 Mrd. Katholiken daraufhin beschuldigt, sich in Ägyptens innere Angelegenheiten einzumischen.

Der symbolische Besuch des Großimams, der dreißig Minuten dauerte, fällt in eine Zeit, in der die Zahl der Anschläge islamistischer Extremisten auf Christen zunimmt.

In seiner bisher dreijährigen Amtszeit hat Papst Franziskus die Verbesserung der Beziehungen mit dem Islam zur Priorität erhoben. Im Rahmen seines Afrika-Besuchs im November 2015 erinnerte der Papst die anwesenden Oberhäupter daran: „Der interreligiöse Dialog ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit.“

Quellen: *The Tablet*, 28. Mai 2016; *Catholic News Agency*, 26. November 2015.

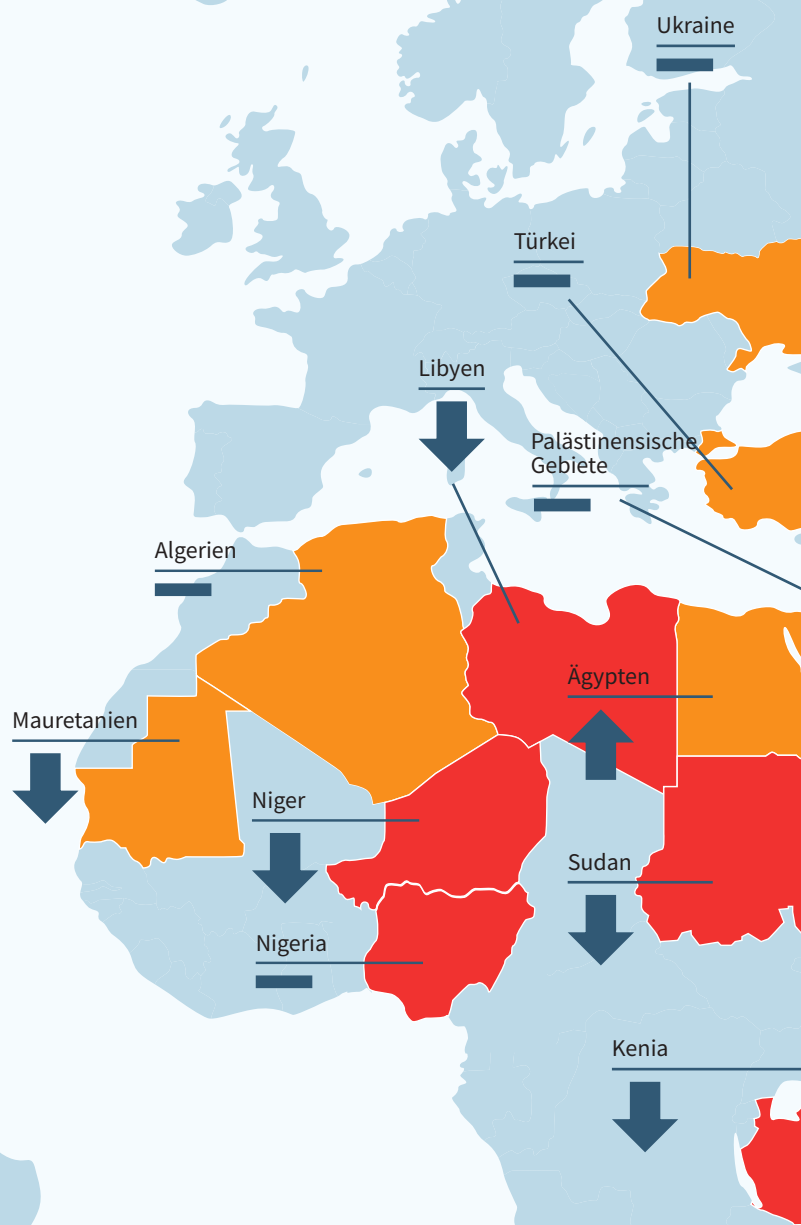


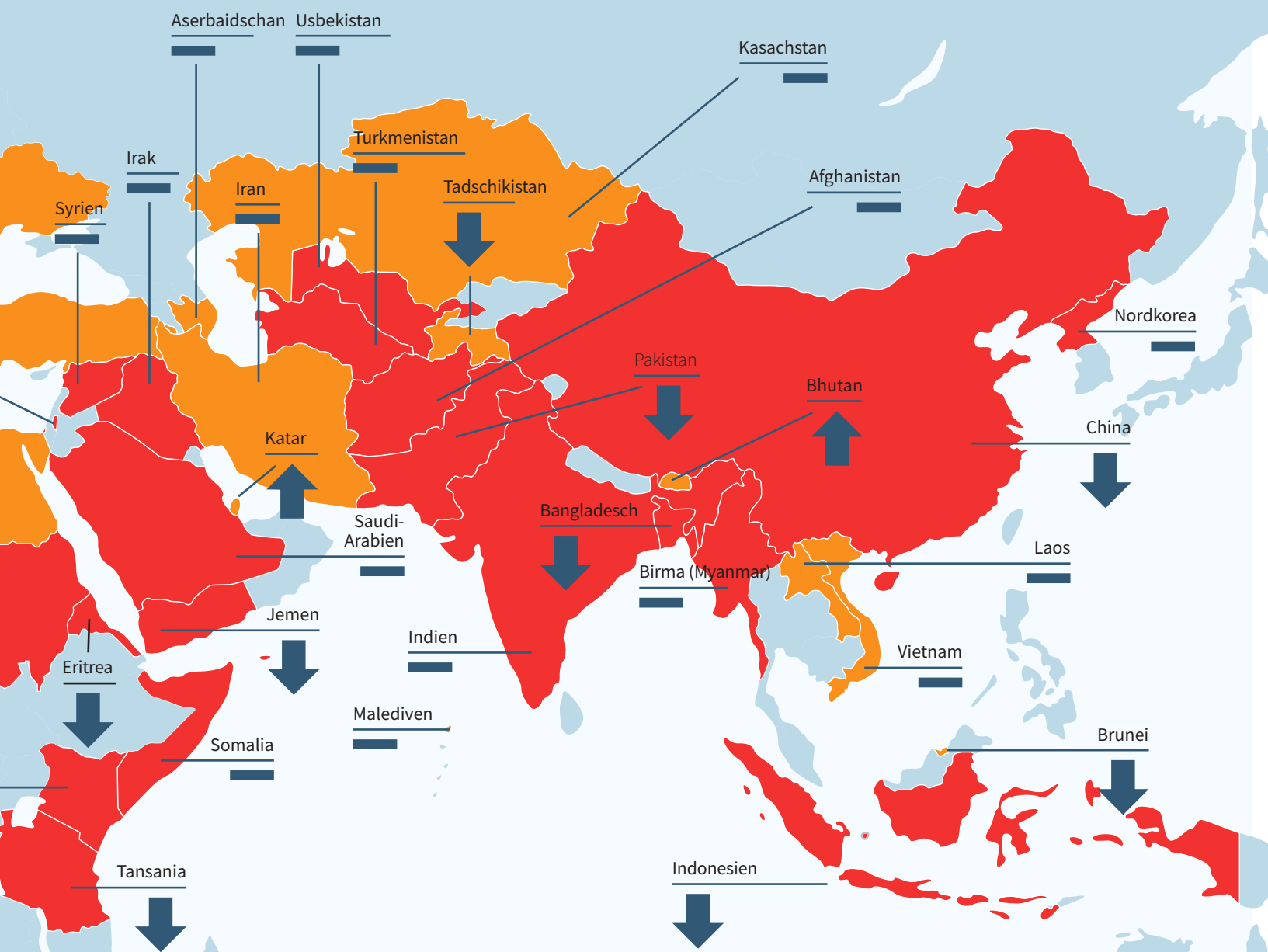


Länder mit schwerwiegenden Verletzungen der Religionsfreiheit

Die Karte zeigt diejenigen Länder, in denen gemäß der Analyse des Berichts *Religionsfreiheit weltweit* ein erhebliches Maß an Diskriminierung oder Verfolgung festgestellt wurde. Weitere Einzelheiten sind der Tabelle auf den folgenden Seiten zu entnehmen.



















Art der Verfolgung/Diskriminierung	
<div></div>	= Verfolgung
<div></div>	= Diskriminierung
<div></div>	= Situation verbessert
<div></div>	= Situation unverändert
<div></div>	= Situation verschlechtert







Aid to the Church in Need
www.religion-freedom-report.org

Länder mit schwerwiegenden Verletzungen der Religionsfreiheit

Land	Kategorie	Im Vergleich zu Juni 2014	Hauptverantwortlicher Akteur	Schlüsselindikatoren
Afghanistan			Nichtstaatlich (lokal)	De-facto-Verbot der Konversion vom Islam – Androhung schwerer Strafen; wachsender Einfluss der Taliban mit strenger Anwendung der Scharia.
Algerien			Staatlich, Nichtstaatlich (lokal)	Androhung von Geldstrafen und fünf Jahren Gefängnis für Nicht-Muslime, die beim Missionieren aufgegriffen werden; Nicht-Muslime in zahlreichen Städten wegen Nichteinhaltung des Ramadan verhaftet bzw. verurteilt.
Aserbaidshan			Staatlich	Schließung zahlreicher Moscheen seit 2008; Staat verweigert Zeugen Jehovas die Registrierung; Zeugen Jehovas häufig von der Polizei durchsucht; Einreiseverweigerung für orthodoxe Priester; Präsident verabschiedet im Dezember 2015 Gesetze, die die Religionsfreiheit einschränken.
Bangladesch			Nichtstaatlich (international), Nichtstaatlich (lokal)	48 Morde innerhalb von 18 Monaten – religiöse Minderheiten sind das Hauptangriffsziel; Zunahme tödlicher Anschläge auf Christen, Hindus und andere – Ermordung von Geistlichen und Konvertiten; andere erhalten Todesdrohungen. Bischöfe bringen die Häufung der Anschläge mit einer Entscheidung des Obersten Gerichts aus dem Monat März 2016 in Verbindung, die den Islam als Staatsreligion bestätigt.
Bhutan			Staatlich	Öffentlicher Gottesdienst und Missionieren ist für Nicht-Buddhisten verboten; vor kurzem in der Hauptstadt ins Leben gerufene christliche Studentenbewegung gibt Anlass zur Hoffnung.
Brunei			Staatlich	Ankündigung der phasenweisen Einführung der Scharia im Sommer 2014; Verbot von Glaubensgemeinschaften, darunter Bahai; fünfjährige Gefängnisstrafe für Nicht-Muslime, die missionieren; Regierung bietet Wasserpumpen und andere Anreize für die Konversion zum Islam der schafitischen Rechtsschule.
Birma (Myanmar)			Staatlich	66 Kirchen seit 2011 von der Armee zerstört; „systematische“ Verfolgung der Rohingya-Muslime.
China			Staatlich	Mit dem Gesetz zur nationalen Sicherheit (Juli 2015) werden Richtlinien für Religionsgemeinschaften erlassen; neue Regelungen setzen obligatorischen Atheismus für Parteimitglieder in Kraft; über 2.000 Kirchen und Kreuze abgerissen.
Ägypten			Staatlich, Nichtstaatlich (lokal)	Staat greift bei Anschlägen gegen Kopten und andere Minderheiten hart durch; Verbot von Gottesdiensten außerhalb von Kirchen bleibt allerdings bestehen; sporadische islamistische Anschläge auf Christen und andere – Anschläge auf religiöse Gebäude, Entführungen und Morde.










LEGENDE:





















-  = Verfolgung
 = Diskriminierung























- ↑ = Situation verbessert
 — = Situation unverändert
 ↓ = Situation verschlechtert

In der Tabelle sind diejenigen Länder aufgeführt, in denen gemäß der Analyse des Berichts *Religionsfreiheit weltweit* ein erhebliches Maß an Diskriminierung oder Verfolgung festgestellt wurde. Weitere Einzelheiten finden Sie unter:
www.religion-freedom-report.org

Land	Kategorie	Im Vergleich zu Juni 2014	Hauptverantwortlicher Akteur	Schlüsselindikatoren
Eritrea		↓	Staatlich	85 Zeugen Jehovas aufgrund ihrer Weigerung, Waffen zu tragen, inhaftiert; viele Zeugen Jehovas von Stellen im Staatsdienst ausgeschlossen; mindestens 3.000 Christen unter religiösen Gefangenen.
Indien		—	Nichtstaatlich (lokal)	Schätzungsweise 7.000 Menschen im Jahr 2014 verfolgt; März 2015: Vergewaltigung einer 70-jährigen Ordensschwester, Polizei spricht trotz Schändung von Einbruch; hindu-nationalistischer Premierminister Narendra Modi löst sein Versprechen, religiöse Minderheiten zu schützen, nicht ein.
Indonesien		↓	Staatlich, Nichtstaatlich (international), Nichtstaatlich (lokal)	Schließung von über 1.000 Kirchen seit 2006; 147 „diskriminierende Gesetze und Maßnahmen“ in Bezug auf Religionen; 150 Menschen seit 2003 unter „Blasphemiegesetzen“ festgenommen oder inhaftiert; Remita Sinaga (60) als erste nicht-muslimische Person wegen des Verkaufs von Alkohol mit dreißig Peitschenhieben bestraft; Kirchen niedergebrannt.
Iran		—	Staatlich	Zum Stand Februar 2016 waren 90 Christen wegen ihres Glaubens entweder im Gefängnis, in Untersuchungshaft oder warteten auf ihr Gerichtsverfahren; Ausschluss von Nicht-Muslimen von hohen politischen oder militärischen Ämtern, sowie von Stellen im Justizwesen, bei Sicherheitsbehörden etc.
Irak		—	Nichtstaatlich (international), Nichtstaatlich (lokal)	Völkermord, Mord, Folter, Vergewaltigung, Menschenraub und Zerstörung von Gotteshäusern durch den IS und andere Extremisten; Massenexodus von Christen, Jesiden, Mandäern und anderen verfolgten Minderheiten aus ihrem alten Heimatland.
Jemen		↓	Nichtstaatlich (international), Nichtstaatlich (lokal)	IS bekennt sich zu „einer Serie“ von Anschlägen auf schiitische Moscheen; März 2016: vier Mutter-Teresa-Schwester unter den sechzehn Todesopfern eines islamistischen Anschlags; Entführung eines Priesters; Israel evakuiert in Geheimoperation neunzehn Juden inmitten eskalierender Gewalt und Diskriminierung.
Kasachstan		—	Staatlich	Verbot von nichtregistrierter religiöser Tätigkeit, darunter das Verteilen von religiöser Literatur außerhalb von Gotteshäusern; verschärfte Einschränkungen als Reaktion auf Bedrohung durch islamistische Gewalt.
Kenia		↓	Nichtstaatlich (international)	148 Todesopfer bei Massaker an der Universität Garissa; 67 Tote bei Anschlag auf Einkaufszentrum; kenianische Bürger fühlen sich nicht von Sicherheitskräften geschützt; Christen wie Muslime spüren die Folgen religiöser Gewalt.
Laos		—	Staatlich	Dekret 92 regelt alle religiösen Angelegenheiten; bezüglich der Verbreitung religiöser Lehren gelten Einschränkungen, religiöse Veröffentlichungen werden staatlich kontrolliert; der Buddhismus ist davon ausgenommen.

Land	Kategorie	Im Vergleich zu Juni 2014	Hauptverantwortlicher Akteur	Schlüsselindikatoren
Libyen			Nichtstaatlich (international), Nichtstaatlich (lokal)	21 Kopten vom IS enthaupet; Verbot des Missionierens; Zahl der Morde an Angehörigen religiöser Minderheiten gestiegen; Fehlen einer geeinten Regierung führt zur Ausbreitung extremistischer Organisationen, darunter der IS.
Malediven			Staatlich	Nicht-Muslime können gemäß Verfassung keine maledivischen Staatsbürger sein; Regierung bezeichnet das Land als 100% muslimisch trotz der bis zu 100.000 dort lebenden Nicht-Muslime; Missionieren für Nicht-Muslime verboten; nicht-islamische Literatur darf nicht ins Land gebracht werden.
Mauretanien			Nichtstaatlich (international), Nichtstaatlich (lokal)	Wachsender Einfluss extremistischer islamischer Gruppierungen gegenüber nicht-muslimischen Gemeinschaften; Verbot des Vertriebs von nicht-islamischer Literatur; nicht-muslimische Gemeinschaften können sich nicht registrieren und müssen heimlich zusammenkommen.
Niger			Nichtstaatlich (international)	Islamischer Fundamentalismus aus Nachbarstaaten, besonders Boko Haram; im Januar 2015 sterben bei gewaltsamen Protesten gegen das Satiremagazin Charlie Hebdo zehn Menschen, und 80% der Kirchen im Land (insgesamt 72) werden niedergebrannt.
Nigeria			Nichtstaatlich (international)	2,5 Millionen Menschen durch Gewalt der Boko Haram vertrieben; 219 der im Jahr 2014 verschleppten 279 Mädchen zwei Jahre später immer noch vermisst; religiöse Oberhäupter treten öffentlich für friedliches Zusammenleben und Konfliktlösung ein.
Nordkorea			Staatlich	Christentum gilt als Instrument ausländischer Einmischung aus dem Westen; 60-jähriger Pastor Hyeon Lim zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt, nachdem ihm staatsfeindliche Umtriebe und die Nutzung der Religion zum Sturz des Regimes zur Last gelegt worden waren.
Palästinensische Gebiete			Nichtstaatlich (international), Nichtstaatlich (lokal)	Christliche Gemeinschaft vom Krieg zwischen Israel und der Hamas betroffen; Palästinenserpräsident bezeichnet Schutz der Christen in Palästina im Mai 2016 als „eine Pflicht“.
Pakistan			Nichtstaatlich (international), Nichtstaatlich (lokal)	78 Menschen kommen am Ostersonntag 2016 bei einem Selbstmordattentat in Lahore ums Leben; 17 Todesopfer bei Anschlägen auf zwei Kirchen in Lahore im März 2015.
Katar			Staatlich	Nicht-abrahamitische Religionsgemeinschaften dürfen keine Gotteshäuser errichten; acht registrierte christliche Glaubensgemeinschaften dürfen in einem von der Regierung zur Verfügung gestellten Gebiet öffentliche Gottesdienste abhalten.
Saudi-Arabien			Staatlich	Situation für Minderheiten seit Thronbesteigung von König Salman unverändert; Behörden schließen 2014 über 10.000 Twitter-Konten wegen religiöser Übertretungen.

Land	Kategorie	Im Vergleich zu Juni 2014	Hauptverantwortlicher Akteur	Schlüsselindikatoren
Somalia			Nichtstaatlich (international)	Weiterhin Angriffe der Al-Shabaab-Miliz auf Nicht-Muslime; keine offiziellen nicht-muslimischen Gotteshäuser.
Sudan			Staatlich	Verhaftung von Geistlichen; Beschlagnahme von Kirchenland; Strafen für Apostasie und Blasphemie durch jüngste Gesetzesänderungen verschärft.
Syrien			Staatlich, Nichtstaatlich (international), Nichtstaatlich (lokal)	IS-Anschläge auf religiöse Minderheiten überregional als Völkermord anerkannt; IS greift assyrisch-christliche Dörfer am Fluss Chabur an, Tausende fliehen, rund 220 Christen werden entführt.
Tadschikistan			Staatlich	Frühjahr 2015: muslimische Männer müssen Bärte abrasieren; April 2015: staatliches Verbot für Muslime unter 35 Jahren, sich auf Pilgerfahrt nach Mekka zu begeben; Frauen und Minderjährigen wird Moscheebesuch verboten; Gesetz von 2016 verbietet islamische Namen für Neugeborene.
Tansania			Nichtstaatlich (international), Nichtstaatlich (lokal)	Steigende Zahl von Anschlägen auf Kirchen; Widerstand gemäßigter Muslime gegen Islamisten.
Türkei			Staatlich, Nichtstaatlich (international)	Repressive Maßnahmen in Bezug auf Bau von Kirchen und anderen religiösen Gebäuden; IS und andere islamistische Gruppierungen bekennen sich zu gewalttätigen Anschlägen.
Turkmenistan			Staatlich	Privater Religionsunterricht ist verboten; religiöse Literatur unterliegt der Zensur; Gläubige weiterhin häufig durchsucht, mit Bußgeldern belegt, inhaftiert; Konfiszierung von religiösem Material.
Ukraine			Staatlich	Behörden sind über öffentliche religiöse Zusammenkünfte mindestens zehn Tage im Voraus in Kenntnis zu setzen; Tätigkeit von im Ausland ansässigen Religionsgemeinschaften eingeschränkt; auf der Krim treten infolge der Annexion strengere russische Gesetze bezüglich der Religionsfreiheit in Kraft.
Usbekistan			Staatlich	Protestantische Gemeinschaften wegen Übertretung der Gesetze über religiöse Zusammenkünfte durchsucht; Auferlegung von Bußgeldern für den Besitz von Bibeln und anderer religiöser Literatur; UN-Flüchtlingshilfswerk fordert Usbekistan auf, „eine echte Religions- und Glaubensfreiheit“ zu gewährleisten.
Vietnam			Staatlich	Strenge Einschränkungen für Verbreitung des Evangeliums; Kommunalbehörden im Zentralen Hochland schränken Religionsausübung erheblich ein; Androhungen bezüglich der Beschlagnahme von Grundstücken von Religionsgemeinschaften bzw. der Wiedererlangung von früher konfiszierten Grundstücken.

www.religion-freedom-report.org



Aid to the
Church in Need

ACN INTERNATIONAL

Kirche in Not ist ein katholisches Hilfswerk, das den Gläubigen überall dort, wo sie verfolgt, unterdrückt oder in Not sind, zur Seite steht – mit Informationen, Gebeten und Taten. *Kirche in Not* wurde am Weihnachtstag des Jahres 1947 gegründet und 2011 zur päpstlichen Stiftung erhoben. Das Hilfswerk fördert jedes Jahr mehr als 5.000 pastorale Projekte in etwa 140 Ländern, darunter: Nothilfe für Opfer von Verfolgung; Ausbildung von Seminaristen; Druck von Bibeln und religiöser Literatur; Unterstützung für Priester und Ordensleute in schwierigen Umständen; Bau und Renovierung von Kirchen und Kapellen; Ausstrahlung religiöser Rundfunkprogramme; Hilfe für Flüchtlinge.

www.acn-intl.org